



DEUTSCHLAND: KONJUNKTUR KOMMT NICHT IN FAHRT

I. Überblick

1. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland
2. Ausblick
3. Rahmenbedingungen und Annahmen der Prognose

II. Die Entwicklung im Einzelnen

1. Außenhandel leicht aufwärts gerichtet
2. Investitionen: Ausrüstungen weiterhin schwach, Bau mit Substanz
3. Hoher Beschäftigungsstand stützt Konsum
4. Niedriger Preisanstieg
5. Arbeitsmarkt: Reformen dämpfen Beschäftigungswachstum
6. Öffentliche Finanzen: Ausgeglichene Haushalte

III. Das Produktionspotenzial

Anhang: Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014

Literatur

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Nach einem überraschend guten Start im ersten Quartal 2014 hat die deutsche Konjunktur im weiteren Verlauf des Jahres einen deutlichen Dämpfer erhalten. Hierfür dürften die zunehmenden geopolitischen Risiken ebenso eine Rolle gespielt haben wie die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in großen Mitgliedstaaten des Euro-Raums. In diesem Umfeld ist insbesondere die erwartete Belebung der Ausrüstungsinvestitionen trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen ausgeblieben. Über Vertrauenseffekte könnte sich zudem der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs in der Energiepolitik sowie in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik negativ bemerkbar gemacht haben. Insgesamt wird für das Jahr 2014 eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % erwartet.

Der Arbeitsmarkt hat sich sehr robust entwickelt. Die Erwerbstätigkeit ist seit der Rezession im Jahr 2009 kontinuierlich angestiegen. Die Anzahl der registriert Arbeitslosen wird mit 2,91 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt 2014 sogar noch etwas geringer ausfallen als im Vorjahr. Der Preisauftrieb hat sich – gemessen am Verbraucherpreisindex – im Jahr 2014 weiter verlangsamt.

Für das Jahr 2015 dürfte sich an der eher verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung nichts Grundlegendes ändern. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 %. Positive Impulse werden vor allem vom privaten Verbrauch ausgehen, der durch die weiterhin gute Arbeitsmarktlage und steigende Reallöhne gestützt wird. Von den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen sind weiterhin keine nennenswerten Wachstumsbeiträge zu erwarten. Wie schon in den Vorjahren ist mit einer geringen Dynamik im Exportgeschäft zu rechnen, sodass vom Außenbeitrag per Saldo erneut mit einem dämpfenden Effekt auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung zu rechnen ist. Während die Arbeitslosigkeit dabei geringfügig ansteigen wird, dürfte die Beschäftigung weiter leicht zunehmen. Die Inflationsrate dürfte 1,3 % betragen und somit etwas höher ausfallen als im Jahr 2014.

I. ÜBERBLICK

153. Zur Jahresmitte 2014 hat die Konjunktur in Deutschland einen Dämpfer erhalten. Insgesamt ist die deutsche Volkswirtschaft jedoch weiterhin in **guter Verfassung**: Die Beschäftigung steigt, und die Arbeitslosigkeit verharrt seit längerer Zeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Der Anstieg der Verbraucherpreise liegt unterhalb des Nominallohnanstiegs, sodass die Reallöhne und damit die verfügbaren Einkommen steigen. Die Unternehmen genießen äußerst günstige Finanzierungsbedingungen und sind gering verschuldet. Der Staat verzeichnet Fortschritte bei der Konsolidierung, ohne dafür eine restriktive Finanzpolitik verfolgen zu müssen.
154. Für das zweite Halbjahr 2014 deuten die Indikatoren auf eine Stagnation der deutschen Konjunktur hin. Nach der technischen Rezession im Winterhalbjahr 2012/13 wurde erneut ein aufkeimender **Aufschwung unterbrochen**. In den Vorjahren war der primäre Grund die sich zuspitzende Krise im Euro-Raum. Diesmal sind mehrere Faktoren gemeinsam verantwortlich. So ist insbesondere die wirtschaftliche Erholung einiger wichtiger Handelspartner im Euro-Raum bislang ausgeblieben. In der gewerblichen Wirtschaft wurden die Geschäftserwartungen sowie die Lageeinschätzungen deutlich zurückgenommen. Dabei könnte der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs in der Energiepolitik sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Verunsicherungen aufgrund der geopolitischen Spannungen. Über Vertrauenseffekte könnte dies die Investitionstätigkeit hemmen.
155. Gleichwohl bestehen weiterhin gute Voraussetzungen für einen Aufschwung, zudem dürfte die **Output-Lücke** moderat negativ sein. Gemäß dem Stand im Konjunkturzyklus ließen die zyklischen Antriebskräfte somit eigentlich einen Aufschwung erwarten. Die ausbleibende ausländische Nachfrage und die verschiedenen geopolitischen Krisenherde erlauben diesen allem Anschein nach momentan nicht. Vielmehr haben sich die Risiken für den wirtschaftlichen Ausblick angesichts der Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds erhöht. Alarmismus ist jedoch nicht angebracht. Denn in diesem und dem kommenden Jahr zeichnen sich immer noch Zuwachsraten in Höhe des Produktionspotenzials ab.

1. Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland

156. Nachdem sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 das Tempo der wirtschaftlichen Expansion erhöht hatte, stieg zu Jahresbeginn 2014 das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in saison- und kalenderbereinigter Betrachtung deutlich um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal an. Dabei wurden neben den Konsumausgaben und den Ausrüstungsinvestitionen vor allem die Bauinvestitionen deutlich ausgeweitet. Bei Letzteren spielte die **milde Witterung** eine wichtige Rolle, da es kaum zu winterbedingten Produktionsausfällen kam. Statistische Verfahren der Saisonbereinigung greifen derartige Phänomene unzureichend auf, weil diese Verfahren die Produktionswirkungen einer durchschnittlichen Saison aus den

Ursprungsdaten herausrechnen. Weichen die Witterungsverhältnisse von diesem Durchschnitt ab, verbleiben Witterungseffekte in der saisonbereinigten Reihe. Im folgenden Quartal kommt es dann zu einer technisch bedingten Gegenbewegung.

Im Einklang mit der kräftigen Binnennachfrage stiegen die Importe deutlich. Die Exporte wurden insbesondere durch die nach wie vor schwache Nachfrage aus dem Euro-Raum belastet und stagnierten. Der Wachstumsbeitrag des **Außenbeitrags** war im ersten Quartal 2014 – wie im Gesamtjahr 2013 – negativ.

Im zweiten Quartal 2014 ging das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 % zurück, wobei die Binnennachfrage noch leicht zunahm. Der private und staatliche Konsum wurden geringfügig erhöht, die Bruttoanlageinvestitionen waren jedoch rückläufig. Im Bereich der Bauinvestitionen war wie zu erwarten eine technische Gegenbewegung zu verzeichnen. Zudem wurde weniger als im Vorquartal in Ausrüstungen investiert. Der Außenbeitrag dämpfte erneut die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts.

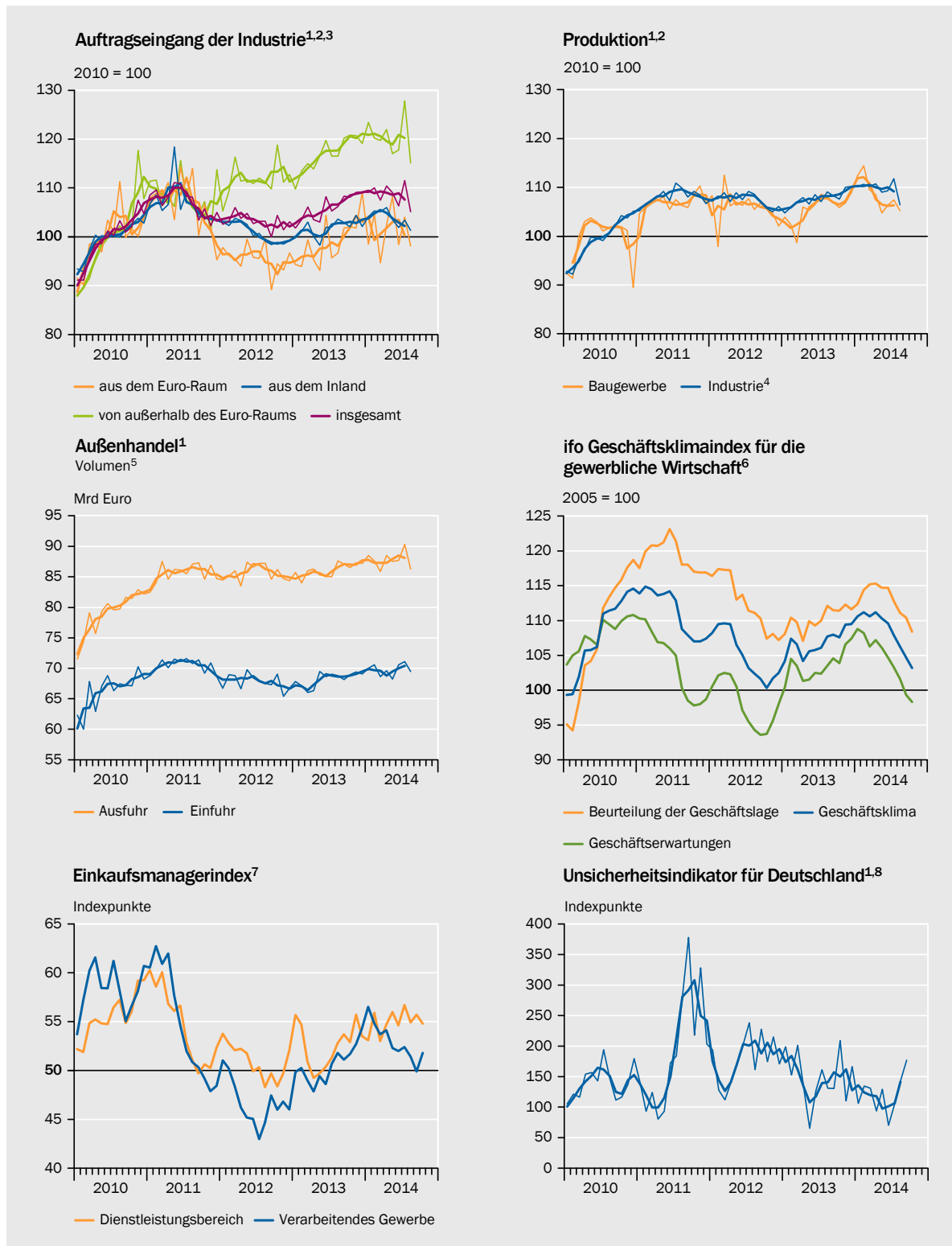
157. Eine Betrachtung der gesamten ersten Jahreshälfte, bei der sich die Witterungseffekte annähernd neutralisieren, zeigt einen **langsameren Zuwachs** der deutschen Wirtschaftsleistung, nachdem sich dieser in der zweiten Jahreshälfte 2013 noch beschleunigt hatte. Im Laufe des zweiten Quartals 2014 hatte sich bereits abgezeichnet, dass der Aufschwung im Euro-Raum nicht – wie zunächst erwartet – an Fahrt gewinnen sollte. Insbesondere bei wichtigen Handelspartnern wie Frankreich und Italien häuften sich die Negativmeldungen. In Frankreich stagnierte das Bruttoinlandsprodukt abermals, in Italien sind noch immer keine positiven Zuwachsraten zu verzeichnen. Zwar sind die Probleme beider Länder sehr unterschiedlich, im Ergebnis sind die Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft jedoch ähnlich.

Für den weiteren konjunkturellen Fortgang in Deutschland kommt der wirtschaftlichen Lage im **Euro-Raum** große Bedeutung zu. Dies gilt zum einen für den Außenhandel, da die Mitgliedstaaten des Euro-Raums mit einem Anteil von etwa 38 % am deutschen Außenhandel den größten Absatzmarkt für deutsche Exporte darstellen. Die deutschen Ausfuhren entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte nur unterdurchschnittlich. [ABBILDUNG 23 MITTE LINKS](#) Zum anderen werden die Unternehmen in Deutschland wieder deutlich mehr investieren, wenn aufgrund der zusätzlichen Exportnachfrage zusätzliche Kapazitäten benötigt werden.

158. Neben den Risiken im Euro-Raum sorgen der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die damit verbundenen Handelssanktionen sowie weitere **geopolitische Krisen** für Verunsicherung. Spürbare realwirtschaftliche Auswirkungen sind in der ersten Jahreshälfte zwar aufgrund des recht geringen direkten Handelsvolumens mit den Krisenregionen – der Anteil betrug im Jahr 2013 etwa 3,8 % am deutschen Außenhandel – noch nicht zu verzeichnen gewesen. Die Unternehmenserwartungen trübten sich aber deutlich ein. Dazu könnten neben den geopolitischen Konflikten die Beschlüsse der Bundesregierung beigetragen haben (DIHK, 2014a).

▾ **ABBILDUNG 23**

Ausgewählte Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung



1 – Dünne Linie: Monatswerte; dicke Linie: gleitende 3-Monatsdurchschnitte. 2 – Volumenindex; saisonbereinigte Werte. 3 – Verarbeitendes Gewerbe ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung sowie ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen, Recycling. 4 – Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Baugewerbe. 5 – Errechnet unter Verwendung von Indizes der Durchschnittswerte auf Basis 2010 = 100. 6 – Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel. 7 – Der Einkaufsmanagerindex basiert auf einer monatlichen Umfrage in der verarbeitenden Industrie, an der etwa 500 Einkaufsleiter und Geschäftsführer teilnehmen. 8 – Basierend auf den Unsicherheitsindikatoren von Baker, Bloom und Davies (www.policyuncertainty.com). Berechnet wird der Indikator aus zwei Komponenten. Die erste Komponente misst die Anzahl von Zeitungsmeldungen, die sich mit politikbezogener wirtschaftlicher Unsicherheit befassen. Die zweite Komponente betrachtet die Uneinigkeit unter Konjunkturbeobachtern als Indikator für Unsicherheit.

SVR-14-050

Daten zur Abbildung

All dies dürfte sich in der **politischen Unsicherheit** niedergeschlagen haben. So stieg der Politische Unsicherheitsindikator für Deutschland in den vergangenen Monaten an. [↘ ABBILDUNG 23 UNTEN RECHTS](#) Er befindet sich auf dem höchsten Stand seit elf Monaten, liegt jedoch deutlich unter den Höchstständen des Jahres 2011, als die Krise im Euro-Raum ihren Höhepunkt fand. Die Kombination dieser Faktoren könnte dazu führen, dass der im Winterhalbjahr 2013/14 begonnene Aufschwung im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen erheblich beeinträchtigt wird, wenn sich die Unternehmen in den kommenden Monaten bei ihren Investitionsentscheidungen zurückhalten. Im ersten Halbjahr des Jahres 2014 lagen die Ausrüstungsinvestitionen jedoch noch 4,4 % über dem Vorjahresniveau.

159. Im Einklang mit dieser langsameren Entwicklung hat sich die **Kapazitätsauslastung** im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt etwas verringert, befindet sich allerdings noch im Bereich des längerfristigen Durchschnitts, der als Normalauslastung angesehen werden kann. Das hängt damit zusammen, dass die positive Grundtendenz der deutschen Wirtschaft nach wie vor besteht: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte – vor allem die Privaten Konsumausgaben – sind nicht zuletzt dank des stabilen Arbeitsmarkts weiterhin recht stark.

Die **realwirtschaftlichen Indikatoren** setzten im dritten Quartal ihren Abwärtstrend fort. Daher ist damit zu rechnen, dass sich die Industriekonjunktur in den kommenden Monaten weiter abschwächt. Der starke Rückgang der Produktion im August 2014 war fast ausschließlich auf die Verringerung der Automobilproduktion zurückzuführen. Dies lässt sich teilweise durch die ungewöhnliche Konzentration der Werksferien in diesem Monat erklären (Deutsche Bundesbank, 2014). Andere Branchen waren von solchen Ferieneffekten weitaus weniger betroffen. Die Industrieproduktion und die Produktion im Baugewerbe sind nach Rückgängen im zweiten Quartal aber weiterhin abwärts gerichtet. [↘ ABBILDUNG 23 OBEN RECHTS](#) Zudem verzeichneten die Industrieunternehmen tendenziell einen Rückgang der Auftragseingänge. [↘ ABBILDUNG 23 OBEN LINKS](#) Die zuletzt volatile Entwicklung war auf Großaufträge im Bereich „Sonstiger Fahrzeugbau“ (zum Beispiel Schiffe, Flugzeuge) zurückzuführen.

Zum Jahresende 2014 deutet sich nochmals eine Abschwächung der Wirtschaftsleistung an. Das signalisieren die **umfragebasierten Indikatoren**. Der ifo Geschäftsklimaindex ging im Oktober 2014 erneut zurück, nachdem er sich bereits zuvor fünf Monate in Folge verschlechtert hatte. [↘ ABBILDUNG 23 MITTE RECHTS](#) Die Geschäftserwartungen und die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage wurden in diesem Zeitraum deutlich zurückgenommen. Per Saldo sind die Erwartungen inzwischen pessimistisch. Der Rückgang des Geschäftsklimas im dritten Quartal kann auf die Eintrübung der Exporterwartungen zurückgeführt werden. Auch gemäß der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) nahmen die Exporterwartungen gegenüber den vorherigen Umfragen ab.

Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist seit Jahresbeginn ebenfalls deutlich zurückgegangen, befindet sich jedoch über der Schwelle von 50 Punkten, die Wachstum signalisiert. [↘ ABBILDUNG 23 UNTEN LINKS](#) Die Umfrage im

Dienstleistungsbereich lässt indes nach wie vor auf Zuwächse im Dienstleistungsgewerbe schließen, wenngleich sich die Stimmung zuletzt etwas abschwächte. Die Geschäftslage ist in diesem Bereich weiterhin sehr gut.

160. Der Rückgang der Erwartungen der Exportindustrie passt zur Fortsetzung der **Konjunkturschwäche im Euro-Raum**, [↘ ZIFFER 129](#) dem bedeutendsten Absatzmarkt für deutsche Exporte. Die umfragebasierten Indikatoren für die Mitgliedstaaten des Euro-Raums deuten nicht auf eine baldige konjunkturelle Belebung des Euro-Raums insgesamt hin. Stützend wirkt hingegen die robuste Konjunktur in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich. Im Jahr 2013 entfielen auf diese Länder 15 % der deutschen Exporte. Die Zuwachsraten in den Schwellenländern entwickelten sich zuletzt schwächer als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

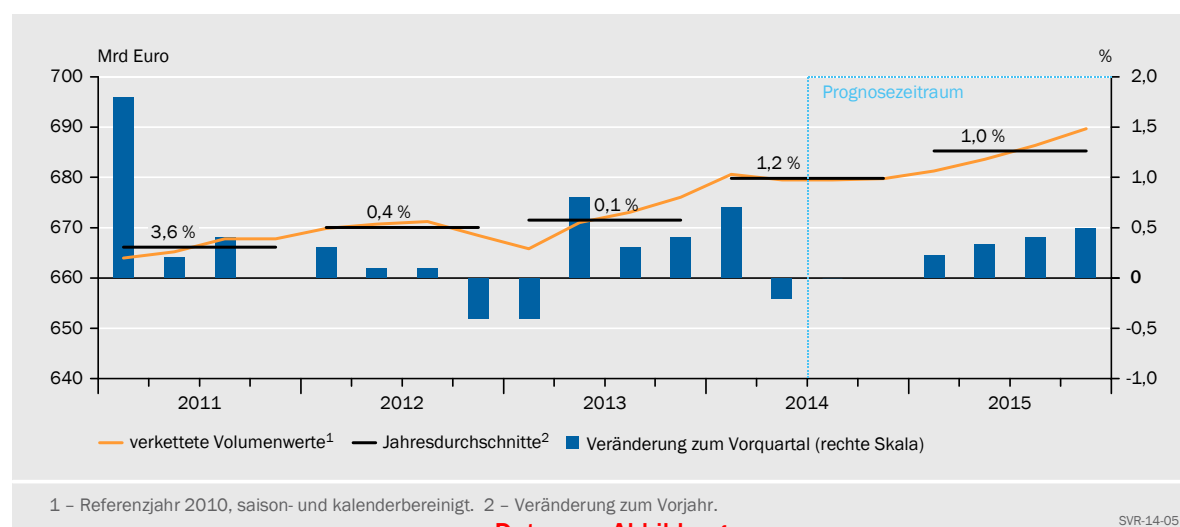
Die außenwirtschaftlichen Vorzeichen für Deutschland sind nicht besser als in der jüngeren Vergangenheit, und es kann zum Jahresende 2014 nicht von einer deutlichen Belebung der **ausländischen Nachfrage** ausgegangen werden. Somit dürften die Ausfuhren weiterhin nur einen moderaten Aufwärtstrend aufweisen.

2. Ausblick

161. Insgesamt zeigt sich für die zweite Jahreshälfte 2014 und für das kommende Jahr ein **verhaltenes Bild**. Hierfür spricht eine Kurzfristprognose auf der Basis verschiedener Indikatoren. Sie lässt – in saison- und kalenderbereinigter Betrachtung – eine Stagnation des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im dritten und im vierten Quartal 2014 erwarten. [↘ ABBILDUNG 24](#) Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse rechnet der Sachverständigenrat mit einer jahresdurchschnittlichen **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2014** von 1,2 %. [↘ TABELLE 7 SEITE 98](#) In der im März dieses Jahres veröffentlichten Prognose wurde noch von einer Zuwachsrate von 1,9 % ausgegangen. [↘ KASTEN 8](#)

[↘ ABBILDUNG 24](#)

Voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts



➤ KASTEN 8

Zur Anpassung der Prognose für das Jahr 2014

Der Sachverständigenrat hatte im März 2014 einen Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 von 1,9 % prognostiziert. Es war erwartet worden, dass nach einem kräftigen Zuwachs im ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf Zuwachsraten oberhalb des Potenzialwachstums zu verzeichnen sind. Dafür sprach zum damaligen Zeitpunkt die Indikatorenlage. Als Risiken der Prognose hatte der Sachverständigenrat eine schwächere Entwicklung im Euro-Raum sowie die Unwägbarkeiten infolge des Ukraine-Russland-Konflikts herausgestellt.

Impulse für die Konjunktur waren von der inländischen Verwendung erwartet worden, vor allem den Investitionen und den Privaten Konsumausgaben. Vom Außenbeitrag war ein leicht positiver Wachstumsbeitrag erwartet worden. Die Prognose für die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts wird in diesem Gutachten um 0,7 Prozentpunkte auf 1,2 % abgesenkt. ➤ TABELLE 5 Die Werte sind jedoch nur eingeschränkt vergleichbar, da die Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) die statistische Grundlage der Prognose geändert hat. ➤ ANHANG 1 Aufgrund des geänderten Jahresverlaufs des Jahres 2013 ergibt sich beispielsweise ein um 0,1 Prozentpunkte höherer statistischer Überhang.

➤ TABELLE 5

Vergleich der Frühjahrs- und Herbstprognose für das Jahr 2014

	Prognose des Sachverständigenrates					
	20. März 2014		JG 2014/15		Differenz	
	Veränderung zum Vorjahr ¹	Wachstumsbeiträge ²	Veränderung zum Vorjahr ¹	Wachstumsbeiträge ²	Veränderung zum Vorjahr ²	Wachstumsbeiträge ²
Bruttoinlandsprodukt³	1,9	x	1,2	x	- 0,7	x
Konsumausgaben	1,4	1,1	0,9	0,6	- 0,5	- 0,4
Private Konsumausgaben ⁴	1,4	0,8	0,8	0,5	- 0,6	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	1,2	0,2	1,0	0,2	- 0,2	- 0,1
Ausrüstungsinvestitionen	6,3	0,4	3,0	0,2	- 3,3	- 0,2
Bauinvestitionen	4,8	0,5	3,5	0,3	- 1,3	- 0,1
Inländische Verwendung	1,9	1,8	1,5	1,4	- 0,4	- 0,4
Außenbeitrag	x	0,1	x	- 0,2	x	- 0,3
Exporte	5,5	2,8	2,9	1,3	- 2,6	- 1,5
Importe	6,1	- 2,7	3,7	- 1,5	- 2,4	1,2

1 – In %. 2 – In Prozentpunkten. 3 – Preisbereinigt; gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Daten zur Tabelle

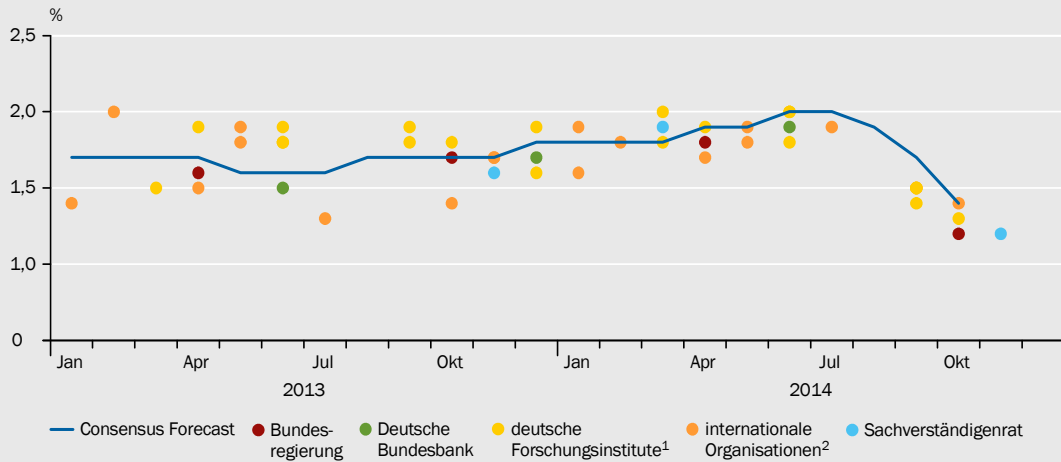
SVR-14-387

Den Ergebnissen der VGR zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal zurückgegangen. Zudem lassen die Aussichten für die zweite Jahreshälfte 2014 nicht auf eine kräftige Beschleunigung hoffen. Anders als im Frühjahr erwartet, blieb die Belebung im Euro-Raum aus. Die Zuwachsrate der Exporte geht deutlicher zurück als die der Importe, sodass der Außenbeitrag negativ zum Bruttoinlandsprodukt beitragen dürfte. Zudem wachsen die Investitionen voraussichtlich mit niedrigeren Raten.

Eine Absenkung der Prognosen zeichnete sich erst zu Beginn des dritten Quartals 2014 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Prognosen noch weiter angehoben, nachdem sie seit Mitte des Jahres 2013 sukzessive erhöht worden waren. ➤ ABBILDUNG 25

ABBILDUNG 25

Prognosen zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2014 im Zeitablauf



1 – DIW, ifo, IfW, IW, IWH, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose und RWI. 2 – BIZ, EU-Kommission, IWF, OECD und UN.

SVR-14-334

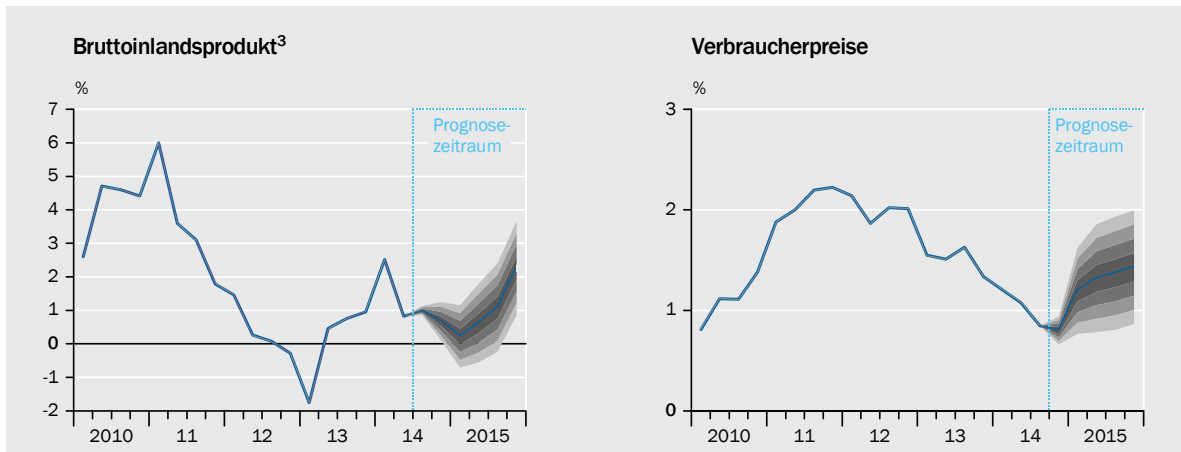
Daten zur Abbildung

162. Unter den getroffenen Annahmen legt das Expansionstempo nach einer Schwächephase zum Jahresende 2014 im nächsten Jahr nur leicht zu. [ABBILDUNG 24](#) Insgesamt wird für das Jahr 2015 eine jahresdurchschnittliche **Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts** von 1,0 % erwartet. [ABBILDUNG 26](#) Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum wird aller Voraussicht nach wieder binnenwirtschaftlich getragen sein. Bereits seit dem Jahr 2013 kommen die wesentlichen Wachstumsbeiträge von den binnenwirtschaftlichen Komponenten. [TABELLE 6](#)

Dabei dürften die Konsumausgaben den größten Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern. Dies geht maßgeblich auf die gute Arbeitsmarktlage zurück. Zudem werden die Transferausgaben kräftig erhöht. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die Zuwachsrate der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2015 im

ABBILDUNG 26

Prognoseintervalle für Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise^{1,2}



1 – Veränderung zum Vorjahresquartal. 2 – Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers. Die breiteste Ausprägung des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler. 3 – Reale Werte.

Daten zur Abbildung

SVR-14-299

Vergleich zu den Vorjahren etwas steigt, ohne dabei jedoch einen deutlichen Wachstumsbeitrag zu liefern. Mit dem Anstieg der Konsumausgaben nehmen die geschätzten Importe ebenfalls deutlich zu, sodass der Außenbeitrag im Jahr 2015 erneut einen negativen Wachstumsbeitrag liefern wird.

↳ TABELLE 6

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹

Prozentpunkte

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ²	2015 ²
Inländische Verwendung	- 3,0	2,8	2,9	- 0,9	0,6	1,4	1,4
Konsumausgaben	0,6	0,6	1,4	0,6	0,6	0,6	1,1
Private Konsumausgaben ³	0,0	0,4	1,3	0,4	0,5	0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,0	0,9	1,4	- 0,1	- 0,1	0,6	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	- 1,7	0,6	0,4	- 0,2	- 0,2	0,2	0,2
Bauinvestitionen	- 0,3	0,3	0,8	0,1	- 0,0	0,3	0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	- 1,6	1,3	0,1	- 1,4	0,2	0,2	- 0,1
Außenbeitrag	- 2,6	1,3	0,7	1,3	- 0,5	- 0,2	- 0,4
Exporte	- 6,2	5,5	3,4	1,3	0,7	1,3	1,7
Importe	3,6	- 4,2	- 2,7	0,0	- 1,3	- 1,5	- 2,1
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (%)	- 5,6	4,1	3,6	0,4	0,1	1,2	1,0

1 – Reale Werte. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

SVR-14-060

Daten zur Tabelle

163. Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass sich weitere **wirtschaftliche Eckdaten** im Prognosezeitraum wie folgt entwickeln: Die Inflationsrate des Jahres 2014 liegt im Zuge eines deutlichen Rückgangs der Preise für Nahrungsmittel und Energie bei moderaten 1,0 %. Für das kommende Jahr wird von einer höheren Inflationsrate von jahresdurchschnittlich 1,3 % ausgegangen. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt trotz der abgeschwächten Konjunktur weiterhin gut: Die Beschäftigung wird im weiteren Jahresverlauf 2014 und im Jahr 2015 nochmals leicht ansteigen und die **Anzahl der Arbeitslosen** im kommenden Jahr in etwa konstant bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte sie sich auf 2,91 Millionen registriert Arbeitslose und im Jahr 2015 auf 2,93 Millionen Personen belaufen. Der gesamtstaatliche Haushalt wird im Jahr 2014 einen Überschuss von 8,3 Mrd Euro ausweisen, im Jahr 2015 dürfte ein Defizit von 1,2 Mrd Euro zu verzeichnen sein. ↳ TABELLE 7

164. Die auf Basis der Jahre 1970 bis 2013 durchgeführten Schätzungen des **Produktionspotenzials** ergeben für die Jahre 2014 und 2015 ein Potenzialwachstum von 1,1 % beziehungsweise 1,0 %. Mit diesen Schätzwerten lässt sich eine Output-Lücke, definiert als relative Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial, bestimmen. ↳ **ABBILDUNG 27** Die Output-Lücke beschreibt die Position im Konjunkturzyklus. Im Jahr 2014 beträgt sie -0,6 %. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich somit vermutlich in einer **leichten Unterauslastung**.

▸ TABELLE 7

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Bruttoinlandsprodukt²	%	0,4	0,1	1,2	1,0
Konsumausgaben	%	0,8	0,8	0,9	1,4
Private Konsumausgaben ³	%	0,7	0,8	0,8	1,5
Konsumausgaben des Staates	%	1,2	0,7	1,0	1,2
Ausrüstungsinvestitionen	%	- 2,9	- 2,7	3,0	3,9
Bauinvestitionen	%	0,6	- 0,1	3,5	2,0
Inländische Verwendung	%	- 0,9	0,7	1,5	1,5
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		1,3	- 0,5	- 0,2	- 0,4
Exporte	%	2,8	1,6	2,9	3,6
Importe	%	- 0,0	3,1	3,7	5,1
Erwerbstätige	Tausend	42 033	42 281	42 641	42 795
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁴	Tausend	29 341	29 713	30 180	30 474
Registriert Arbeitslose ⁴	Tausend	2 897	2 950	2 908	2 931
Arbeitslosenquote ^{4,5}	%	6,8	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise ⁶	%	2,0	1,5	1,0	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁷	%	0,1	0,1	0,3	- 0,0

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Preisbereinigt; Veränderung zum Vorjahr. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts. 3 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 – Quelle für die Jahre 2012 und 2013: BA. 5 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 6 – Veränderung gegenüber dem Vorjahr. 7 – Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

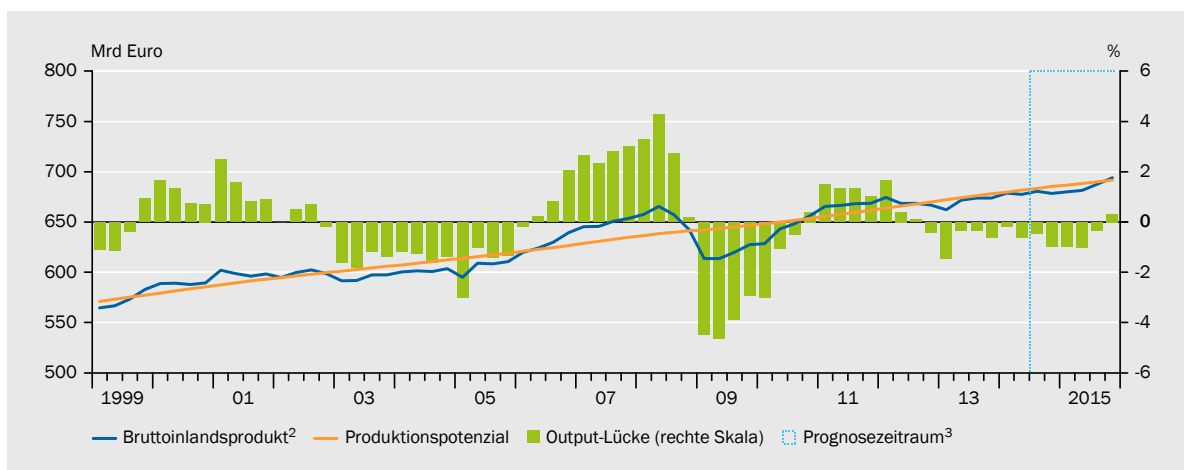
Daten zur Tabelle

SVR-14-357

Ein Aufschwung erreicht üblicherweise dann seine höchste Dynamik, wenn das Vorzeichen der Output-Lücke gerade positiv wird. Dies liegt vor allem an den Ausrüstungsinvestitionen, die in dieser Phase aufgrund der längerfristig positiven Ertrags Erwartungen verstärkt ausgeweitet werden. Damit deutet sich zyklisch eine Beschleunigung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung an. Unter der Indikatorenlage ist jedoch von einer lediglich allmählichen Erholung auszugehen, sodass sich die negative Output-Lücke im Jahr 2015 zunächst nur leicht

▸ ABBILDUNG 27

Produktionspotenzial und Output-Lücke¹



1 – Eigene Berechnungen. 2 – Reale Werte. 3 – Prognose des Sachverständigenrates.

Daten zur Abbildung

SVR-14-351

verringert. Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 erwartet der Sachverständigenrat einen Rückgang der Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 1,0 %. [↪ ZIFFER 202](#)

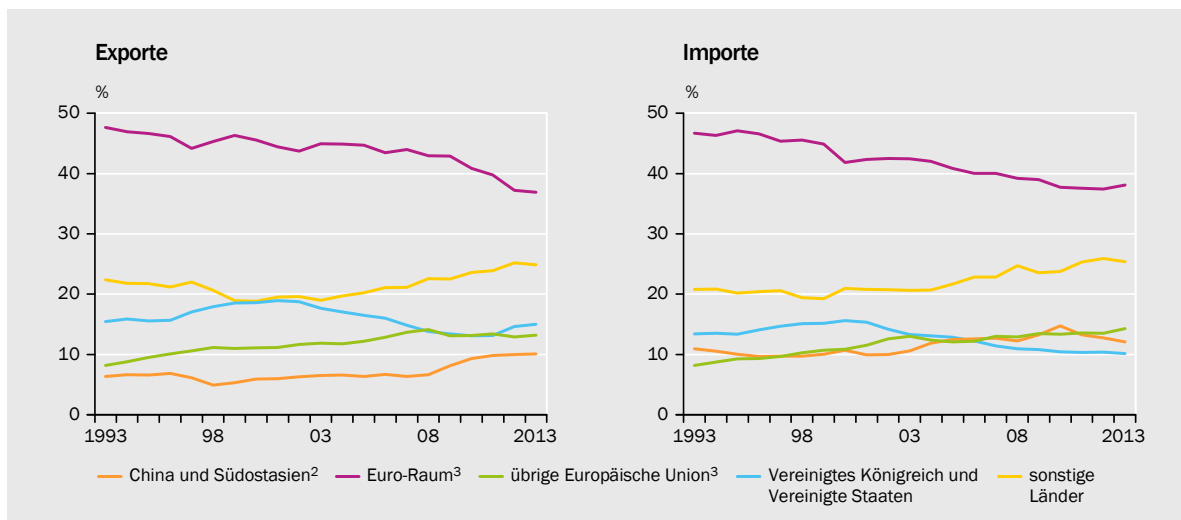
3. Rahmenbedingungen und Annahmen der Prognose

165. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften sich im kommenden Jahr etwas günstiger darstellen, die Risiken haben sich jedoch erhöht. Deutschland ist – gemessen an der Im- und Exportquote – eine der handelsoffensten großen Volkswirtschaften der Welt. Daher hat die **wirtschaftliche Entwicklung der Handelspartner** eine immense Bedeutung für die inländische Konjunktur und muss in die Berechnungen mit einbezogen werden. Um die Exporte der deutschen Volkswirtschaft im Prognosezeitraum zu bestimmen, wird daher ein spezieller Indikator verwendet. Dieser „Exportnachfrageindikator“ berücksichtigt die wirtschaftliche Lage von 48 wichtigen Handelspartnern. Die Gewichtung eines Landes ergibt sich dabei aus dem jeweiligen Anteil am deutschen Export. Das Gewicht des Euro-Raums hat zwar in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. Nach wie vor stellt der Euro-Raum jedoch den wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Produkte dar. [↪ ABBILDUNG 28](#)
166. Für den Prognosezeitraum wird der Exportnachfrageindikator gemäß der Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Länder fortgeschrieben. [↪ ZIFFERN 98 FF.](#) Im Zuge der leichten konjunkturellen Beschleunigung der Weltwirtschaft steigt der Indikator im kommenden Jahr um 2,0 % und damit nur etwas stärker als in diesem Jahr. Dabei kommen im Vergleich zum Jahr 2014 **Nachfragezuwächse** voraussichtlich vor allem aus den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich. Aus dem Euro-Raum sind kaum spürbare Impulse zu erwarten. [↪ ABBILDUNG 29 LINKS](#)

[↪ ABBILDUNG 28](#)

Deutscher Außenhandel nach Regionen¹

Anteile an den Gesamtexporten beziehungsweise Gesamtimporten



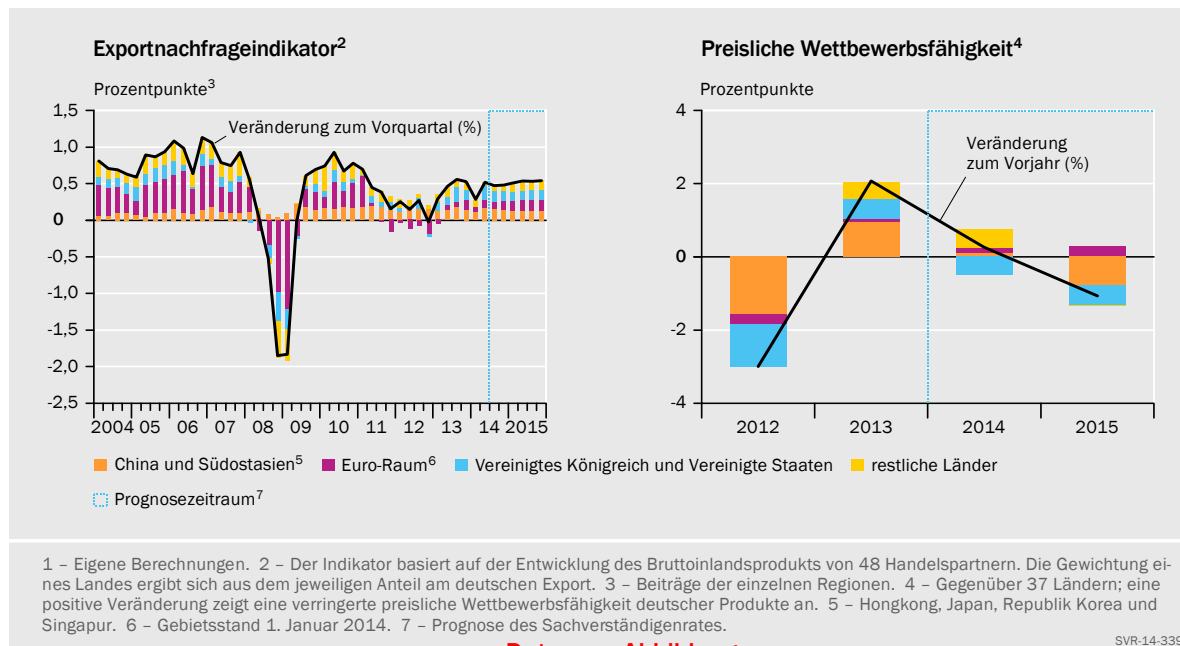
1 – Spezialhandel. 2 – Hongkong, Japan, Republik Korea und Singapur. 3 – Gebietsstand 1. Januar 2014.

Daten zur Abbildung

SVR-14-374

▾ **ABBILDUNG 29**

Voraussichtliche Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds¹



Daten zur Abbildung

167. Neben der Nachfrage ist die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die Exportentwicklung. Die Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Inflationsraten hat sich im Jahr 2014 gegenüber den Handelspartnern leicht verschlechtert. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sie sich jedoch verbessern. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Euro gegenüber den wichtigsten Währungen – insbesondere gegenüber dem US-Dollar – deutlich abgewertet hat. Im Prognoseprozess werden gemäß üblicher Konventionen konstante Wechselkurse unterstellt (JG 2013 Ziffer 125). Deshalb werden zur Bestimmung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Jahr 2015 die Prognosen der Verbraucherpreise in den jeweiligen Ländern herangezogen.

Gegenüber dem restlichen Euro-Raum dürfte es im kommenden Jahr infolge der in Deutschland höheren Inflationsrate zu einer leichten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit kommen. ▾ **ABBILDUNG 29 RECHTS** Gegenüber den anderen Absatzmärkten verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit, da der unterstellte Wechselkurs im Jahresdurchschnitt 2015 niedriger ist als im Jahr 2014 und Inflationsraten in Hauptabsatzländern wie den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich höher ausfallen. ▾ **ZIFFERN 105 FF.**

168. Die **Finanzierungsbedingungen** für die deutsche Wirtschaft stellen sich seit längerem ausgesprochen günstig dar. Das Zinsniveau für Unternehmenskredite und die Renditen für Unternehmensanleihen sind weiterhin äußerst niedrig. Diese Konstellation dürfte über den gesamten Prognosezeitraum anhalten.

Aus Sicht der Unternehmen kam es bis zur Jahresmitte 2014 nicht zu einer restriktiveren Kreditvergabe: Die ifo Kredithürde, bei der Unternehmen zu ihrem Urteil bezüglich der **Kreditvergabe** von Banken befragt werden, befindet sich nach wie vor auf einem äußerst niedrigen Niveau. Zuletzt stieg sie zwar etwas an. Der Anteil der Unternehmen, die über Probleme bei der Kreditvergabe in Deutschland berichten, ist jedoch nach wie vor gering.

169. Für exportorientierte Unternehmen, insbesondere solche im großvolumigen Investitionsgüterbereich, ist jedoch ebenso wichtig, welchen Zugang ausländische Kunden zu Krediten haben. Nach wie vor beeinträchtigt der schlechte Kreditzugang in einigen Ländern Europas deutsche Unternehmen. Teilweise müssen die deutschen Exporteure zusätzlich Finanzierungsangebote machen, um Geschäfte mit einem ausländischen Partner überhaupt zu ermöglichen (DIHK, 2014b). Die Kreditvergabe in diesen Ländern könnte durch die Bankenprüfung der Europäischen Zentralbank (EZB) beeinflusst worden sein, da sich die Banken bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse in der Kreditvergabe eher zurückgehalten haben könnten. [↪ ZIFFER 315](#)

↪ KASTEN 9

Prognoseannahmen im Überblick

- Mit Blick auf die Weltwirtschaft basiert die Prognose auf den Annahmen gemäß [↪ ZIFFER 101](#) sowie der Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds laut [↪ TABELLE 2](#). Der Welthandel steigt demnach im Jahr 2014 um 2,8 % und im Jahr 2015 um 4,0 %. Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar liegt bei 1,27.
- Der Anstieg der tariflichen Stundenlöhne liegt in den Jahren 2014 und 2015 bei 3,1 % beziehungsweise 2,7 %.
- Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen ändern sich wie folgt:
 - Gesetzliche Rentenversicherung: Absenkung von 18,9 % auf 18,6 %.
 - Gesetzliche Krankenversicherung: Absenkung von 15,5 % auf 15,3 %.
 - Gesetzliche Pflegeversicherung: Erhöhung von 2,05 % auf 2,35 %.
- Grundlage der Prognose ist die derzeitige Gesetzeslage, das heißt, es werden ansonsten nur diejenigen Maßnahmen einbezogen, bei denen das Gesetzgebungsverfahren bis Ende Oktober 2014 abgeschlossen war.
- Es wird in der Prognose unterstellt, dass es zu keiner Zuspitzung der geopolitischen Konflikte und zu keinen Turbulenzen auf den Finanzmärkten kommt.
- Grundlage der Prognose ist der Datenstand zum 31. Oktober 2014.

170. Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. Dies ist vor allem auf ausgabenseitige Maßnahmen zurückzuführen: Das zum 1. Juli 2014 eingeführte Rentenpaket sowie das Betreuungsgeld führen zu einer Belastung des gesamtstaatlichen Haushalts. Im Jahr 2015 werden zusätzlich die Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) ausgeweitet. Ein weiterer, jedoch wesentlich geringerer **expansiver Impuls** kommt von der Einnahmeseite: Die effektiven Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) dürften aufgrund der kassenindividuellen Flexibilisierung im Saldo zurückgehen. In der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) dürfte es ebenso zu einer Senkung des Beitragssatzes um 0,3 Prozentpunkte kommen, die jedoch von einer ebenso starken Anhebung bei der Pflegeversicherung kompensiert wird. [↪ ZIFFERN 27 FF.](#) Im Saldo sinken die Beitragssätze leicht. [↪ KASTEN 9](#) Die staatlichen Investitionen und der staatliche Konsum legen im Prognosezeitraum in nominalen Größen stärker zu als das Bruttoinlandsprodukt.

171. Die von der Politik bereits umgesetzten und noch diskutierten Vorhaben in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie in der Energiepolitik machen den **Investitionsstandort** Deutschland insgesamt unattraktiver, die Rahmenbedingungen verschlechtern sich. Das Zurückrudern bei der Rentenpolitik, die Regulierungen am Arbeitsmarkt, die Mietpreisbremse und der Kurs in der Energiepolitik sorgen für direkte Belastungen und erhöhen die Unsicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs. Wird der aktuelle Kurs beibehalten, dürfte das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik im Prognosezeitraum weiter sinken, mit entsprechenden Folgen für die unternehmerische Investitionstätigkeit in Deutschland. Der aktuelle wirtschaftspolitische Kurs stellt daher eine Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum dar.
172. Risiken für den konjunkturellen Fortgang bestehen zudem in der **Geopolitik**, vor allem in dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Grundsätzlich ist die deutsche Wirtschaft aufgrund der regionalen Diversifikation ihrer Exporte gegenüber regionalen Abschwüngen abgesichert. Dementsprechend waren die direkten Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel in der ersten Jahreshälfte begrenzt. Sollte sich der Konflikt jedoch verschärfen und osteuropäische Volkswirtschaften beeinträchtigen, könnte dies über den Handelskanal spürbar auf die deutsche Volkswirtschaft ausstrahlen. Dann könnte die Zunahme der ausländischen Nachfrage schwächer ausfallen als in dieser Prognose unterstellt. Das gilt ebenso für den Fall einer weiteren Verschärfung der gegenseitigen Handelsanktionen, insbesondere im Bereich Energie.

Im Falle einer Einschränkung des russischen Erdöl- und Erdgasangebots könnte es zu Lieferengpässen kommen. Die deutsche Volkswirtschaft wäre hiervon zwar stark betroffen, da Erdgas im Jahr 2013 etwa 30 % der Einfuhren von Energie ausmachte (AG Energiebilanzen, 2014). Allerdings dürften nennenswerte Substitutionsmöglichkeiten bestehen.

Schließlich können weitere geopolitische Unwägbarkeiten, wie der Konflikt im Irak und die fragile Lage in anderen arabischen Ländern, den Ölpreis beeinflussen. Davon gehen insbesondere Risiken für die Inflationsprognose aus. In den letzten Monaten sank der Ölpreis jedoch nicht zuletzt aufgrund des steigenden Angebots und der wenig dynamischen Nachfrage deutlich. Die für die Annahmen zur Entwicklung des Ölpreises verwendeten Terminnotierungen zeigten zuletzt nur leicht nach oben. Somit ergibt sich für die Prognose im Jahresdurchschnitt 2015 ein niedrigerer Ölpreis.

Der Zustand des Euro-Raums birgt nach wie vor Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Neuerliche Unsicherheitsschocks oder krisenhafte Zuspitzungen im Euro-Raum, die bereits in der Vergangenheit immer wieder zu starken Beeinträchtigungen geführt haben, können nicht ausgeschlossen werden. Dies kann ebenso wie die geopolitischen Unwägbarkeiten nicht nur über den Außenhandelskanal, sondern auch über Vertrauenseffekte auf die deutsche Volkswirtschaft ausstrahlen.

II. DIE ENTWICKLUNG IM EINZELNEN

173. Die hier vorgestellte Prognose des Sachverständigenrates wird im Sinne eines Modalwerts als das wahrscheinlichste Szenario der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in diesem und dem kommenden Jahr angesehen. Infolge der Stagnation in der zweiten Jahreshälfte 2014 ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Veränderungsrate von 1,2 % für das Jahr 2014 und kein **statistischer Überhang** für das Jahr 2015. Dies führt dazu, dass die erwartete jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Jahres 2015 von 1,0 % (kalenderbereinigt 0,8 %) die **konjunkturelle Belebung** unterzeichnet.

Dies wird deutlich, wenn man die Jahresverlaufsrate, also die arbeitstäglich bereinigten Veränderungen des vierten Quartals gegenüber dem Vorjahresquartal, betrachtet. Diese Größe beschreibt die konjunkturelle Tendenz am aktuellen Rand besser. Nach einem Zuwachs der Jahresverlaufsrate von nur 0,5 % im vierten Quartal des Jahres 2014 wird für das Jahr 2015 ein entsprechender Wert von 1,5 % erwartet. [TABELLE 8](#)

[TABELLE 8](#)

Komponenten der Wachstumsprognose des realen Bruttoinlandsprodukts

%

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ²	- 1,7	1,0	1,5	0,2	- 0,2	0,7	- 0,0
Jahresverlaufsrate ³	- 3,0	4,4	2,4	0,1	1,1	0,5	1,5
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, kalenderbereinigt	- 5,6	3,9	3,7	0,6	0,2	1,2	0,8
Kalendereffekt (in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 0,1	0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	0,2
Jahresdurchschnittliche Rate des Bruttoinlandsprodukts ⁴	- 5,6	4,1	3,6	0,4	0,1	1,2	1,0

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des Bruttoinlandsprodukts im letzten Quartal des Jahres t und dem durchschnittlichen Niveau der Quartale im Jahr t (siehe JG 2005 Kasten 5). 3 – Veränderung des vierten Quartals zum vierten Quartal des Vorjahres. 4 – Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

[Daten zur Tabelle](#)

SVR-14-349

1. Außenhandel leicht aufwärts gerichtet

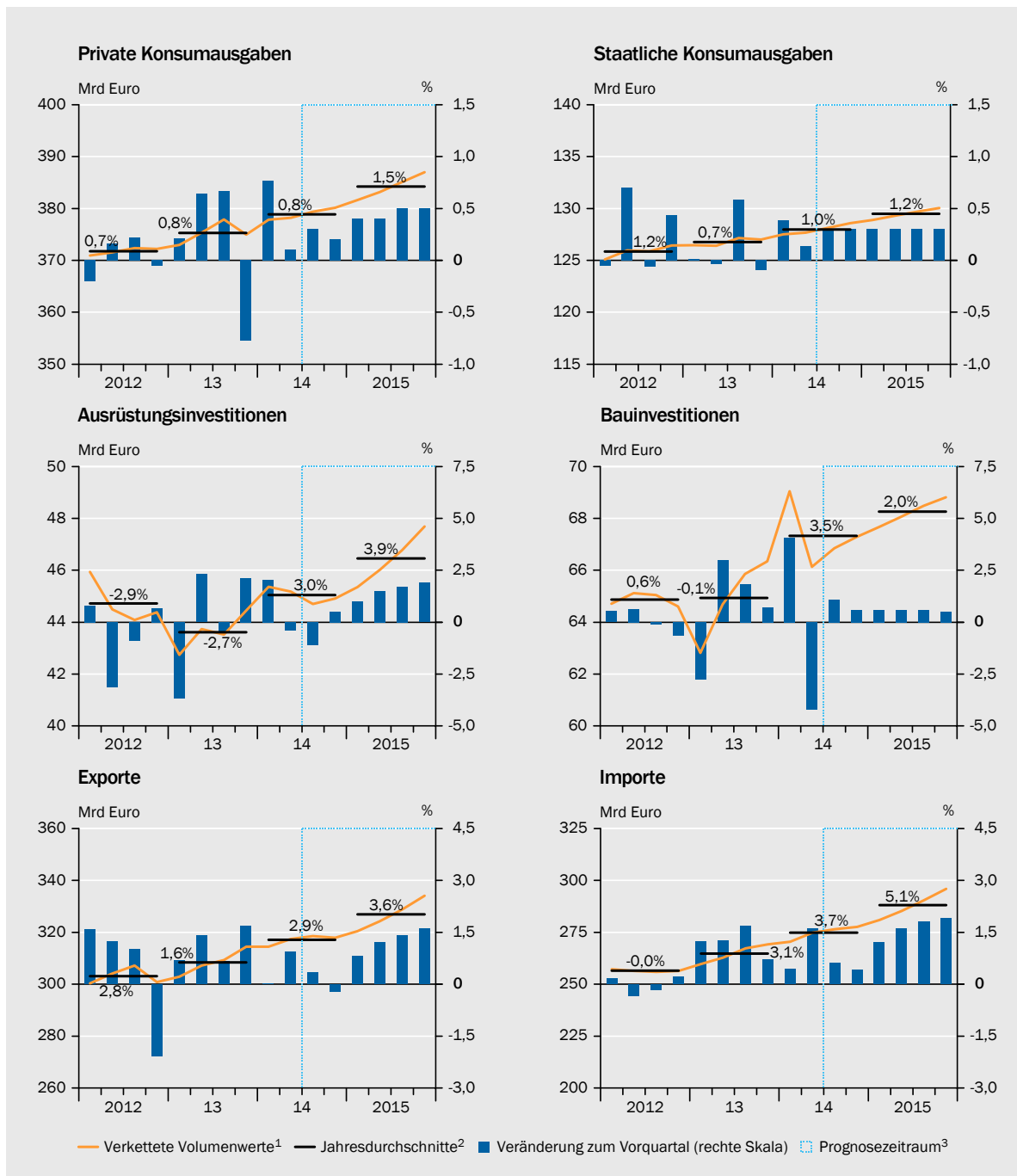
174. Die Ausfuhr von Waren ist in den ersten acht Monaten des Jahres 2014 nur wenig gestiegen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Konjunktur im Euro-Raum weiterhin stockt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sowie die ifo Exporterwartungen deuten darauf hin, dass es in der zweiten Jahreshälfte 2014 nicht zu einer Beschleunigung der Exporte kommen dürfte.
175. Nach einer nur geringen Ausweitung der **Exporte** im Jahr 2014 um 2,9 % wird davon ausgegangen, dass es im Jahr 2015 im Zuge der sich belebenden weltwirtschaftlichen Entwicklung zu einem etwas stärkeren Zuwachs in Höhe von 3,6 % kommt. Bei der im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt schwachen Exportdynamik dürften die Komponenten der inländischen Nachfrage die Importentwicklung wesentlich beeinflussen, insbesondere wenn sich – wie in der Prog-

nose unterstellt – im Jahresverlauf 2015 die Investitionstätigkeit wieder etwas belebt. Getragen von der stabilen Entwicklung der Privaten Konsumausgaben und der steigenden Investitionstätigkeit ist daher mit einer weiteren Expansion der **Importe** zu rechnen. Insgesamt sollten die Importe im Jahr 2014 schätzungsweise um 3,7 % und im Jahr 2015 um 5,1 % ansteigen. [ABBILDUNG 30](#)

176. Aufgrund der seit zwei Jahren rückläufigen Einfuhrpreise und der sich damit verbessernden **Terms of Trade** tragen die stärker steigenden Importe nur geringfügig zum Abbau des in nominalen Werten gemessenen Leistungsbilanz-

ABBILDUNG 30

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts



1 – Referenzjahr 2010, saison- und kalenderbereinigt. 2 – Veränderung zum Vorjahr. 3 – Prognose des Sachverständigenrates.

Daten zur Abbildung

überschusses bei. Für den Prognosezeitraum wird mit etwas größeren Preissetzungsspielräumen der Unternehmen gerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2014 werden sich die Terms of Trade voraussichtlich um 1,4 % verbessern, im kommenden Jahr nur noch um 0,2 %.

2. Investitionen: Ausrüstungen weiterhin schwach, Bau mit Substanz

177. Die vorliegenden Indikatoren deuten nicht auf eine deutliche Zunahme der Investitionstätigkeit zum Jahresende 2014 hin. So zeigt die inländische Nachfrage im Investitionsgütersektor zur Jahresmitte nach unten, was einem weiteren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal zuwiderläuft. Darauf weisen nicht zuletzt die **rückläufigen Auftragseingänge für Investitionsgüter** im dritten Quartal des Jahres 2014 hin (Datenstand August). Diese Werte sind jedoch – ebenso wie bei der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe – durch die ungewöhnliche Lage der Ferien beeinflusst worden. [↘ ZIFFER 159](#) Der Herbstumfrage des DIHK zufolge konzentrieren sich die Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen in erster Linie auf den Ersatz und die Rationalisierungen. Zudem gewinnen Produktinnovationen als Investitionsmotiv an Bedeutung (DIHK, 2014c). Im Jahr 2015 könnten mit der leicht anziehenden außenwirtschaftlichen Nachfrage **Kapazitätserweiterungen** als Investitionsmotiv wieder an Bedeutung gewinnen, momentan gibt es der Umfrage zufolge für Erweiterungsinvestitionen wenig Anlass.
178. Neben den günstigen Finanzierungsbedingungen dürften sich die Möglichkeiten der Innenfinanzierung weiter verbessern und somit einen weiteren Grundstein für eine im kommenden Jahr wieder **aufwärts gerichtete Investitionstätigkeit** der Unternehmen legen. Insgesamt kommt die Prognose zu dem Ergebnis, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2014 um 3,0 % ansteigen werden und sich im Jahr 2015 ein Zuwachs von 3,9 % einstellen wird.
179. Die Rahmenbedingungen für die **Bauinvestitionen** sind **weiterhin gut**. Die vorliegenden Indikatoren signalisieren jedoch zur Jahresmitte schwächere Auftragseingänge. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum die gesamten Bauinvestitionen stützen. Dafür dürften neben der stabilen Arbeitsmarktlage die günstigen Finanzierungsbedingungen für Wohnungsbaukredite sowie die niedrigen Renditen alternativer Kapitalanlagen verantwortlich sein. Die Effektivzinssätze für Wohnungsbaukredite im Neugeschäft an private Haushalte sind seit Jahresbeginn weiter gesunken. Sie befinden sich im August 2014 bei lediglich 2,51 %. Insgesamt liegt die prognostizierte Zuwachsrate der Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2014 unter diesen Voraussetzungen bei 3,4 %. Für das Jahr 2015 wird von einer Zuwachsrate von 2,3 % ausgegangen.

Vom gewerblichen Bau sind deutlich weniger Impulse zu erwarten. Dieser dürfte durch die zur Jahresmitte gesunkene Investitionsbereitschaft der Unternehmen gedämpft werden. Dies signalisieren die Baugenehmigungen. Im kommenden Jahr dürften die Investitionen in gewerbliche Bauten vor dem Hintergrund einer gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung wieder etwas deutlicher ansteigen.

Der öffentliche Bau ist ebenfalls aufwärts gerichtet. Insgesamt steigen die prognostizierten Bauinvestitionen im Jahr 2014 um 3,5 %. Im kommenden Jahr legen sie etwas schwächer zu und zwar um 2,0 %.

180. Die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt, die neben den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen noch die Investitionen in Sonstige Anlagen beinhalten, dürften im Jahr 2014 um 3,0 % und im Jahr 2015 um 2,6 % expandieren.

3. Hoher Beschäftigungsstand stützt Konsum

181. Die bisherige gesetzliche Regelbindung in der GRV sah vor, dass im Fall entsprechend umfangreicher Reserven alle Mitglieder der GRV und der Staat entlastet werden. Demzufolge hätte zum 1. Januar 2014 eine **Beitragssatzsenkung** umgesetzt werden müssen, welche die Arbeitnehmer und -geber entlastet hätte. In der Folge wären aufgrund der Berechnung der Rentenanpassungen zukünftige Rentensteigerungen etwas kräftiger ausgefallen. Schließlich hätte der Bund seinen Zuschuss zur GRV etwas senken können. Dies hätte für das Jahr 2014 eine Senkung der Sozialabgaben und damit eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen bedeutet. Die Bundesregierung hat jedoch entschieden – entgegen der bisherigen gesetzlichen Regelung – von einer Beitragssatzsenkung abzusehen.
182. Statt dieser Regelung zu folgen und dadurch alle Mitglieder der GRV an der temporär günstigen finanziellen Lage teilhaben zu lassen, entschied sich die Bundesregierung zu einem anderen Vorgehen: Sie beschloss das Rentenpaket. Dieses sieht vor, dass nach bestimmten Stichtagsregelungen ausgewählte Personengruppen höhere Sozialleistungen erhalten. Dadurch entstehen **dauerhafte Leistungsausweitungen** der GRV. ↘ ZIFFERN 559 FF. Für das Jahr 2015 beläuft sich die Erhöhung der Transferausgaben auf etwa 10 Mrd Euro. Während die bisherige Regelung bereits für das gesamte Jahr 2014 gewirkt hätte, führt der von der Bundesregierung gewählte Zeitablauf vor allem zu einem Impuls auf die verfügbaren Einkommen der Transferempfänger im Jahr 2015.
183. Im Prognosezeitraum ist ein weiterer **Anstieg der Privaten Konsumausgaben** zu erwarten. Die Bruttolöhne und -gehälter dürften infolge der stabilen Arbeitsmarktentwicklung und der Tariflohnabschlüsse im Jahr 2014 um 3,8 % steigen, im Jahr 2015 um 3,7 %. Dies wird im Jahr 2015 von einer Erhöhung der Transferausgaben und einer leichten Entlastung bei den Sozialabgaben flankiert. Insgesamt steigen die prognostizierten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2015 nominal um 2,7 %. Dies wird in Kombination mit einer Teuerungsrate von 1,3 % dazu führen, dass die Privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum weiter zulegen. Im Jahr 2014 werden sie schätzungsweise um 0,8 %, im Jahr 2015 um 1,5 % ansteigen.

4. Niedriger Preisanstieg

184. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) hat sich im Jahresverlauf 2014 merklich verringert. Betrug die Inflationsrate im Januar 2014 noch 1,3 %, so sank sie bis September auf 0,8 %. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die volatilsten Komponenten der Verbraucherpreise: Nahrungsmittel und Energie. [↘ ABBILDUNG 31](#) Waren diese beiden Komponenten im Jahr 2011 noch für weit mehr als die Hälfte der Gesamtinflationsrate verantwortlich, so ging deren Beitrag sukzessive zurück, wobei zunächst die Energiepreise weniger stark stiegen und im Jahr 2014 sogar durchweg einen negativen Wachstumsbeitrag lieferten. Da zudem der Beitrag der Nahrungsmittelpreise an der Gesamtinflation im Jahr 2014 auf nahezu Null zurückgegangen ist, sind die positiven Inflationsraten fast vollständig auf die Kerninflation zurückzuführen. Diese um Nahrungsmittel- und Energiepreise bereinigte Größe liefert seit dem Jahr 2011 einen in etwa konstanten Beitrag zur Inflationsrate von rund einem Prozentpunkt, der sich im Jahr 2014 nicht maßgeblich geändert hat.



Der in Deutschland, etwa für Tarifverhandlungen, maßgebliche Verbraucherpreisindex (VPI) und der für die Geldpolitik relevante Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) weichen immer wieder voneinander ab. Zwar werden beide Indizes auf Grundlage derselben Daten erhoben, doch bezieht der VPI zusätzliche Größen ein. Diese sind: Selbstgenutztes Wohneigentum, Glücksspiel und die Kraftfahrzeugsteuer/Zulassungsgebühr, wobei die beiden letztgenannten Größen quantitativ unbedeutend sind. Die Preise für selbstgenutztes Wohneigentum werden anhand des Mietäquivalenzansatzes berechnet. Da Mieten in der Regel im Jahresdurchschnitt eine niedrigere Steigerungsrate als der Gesamtindex aufweisen, fällt der Anstieg des VPI meist geringer aus als der des HVPI. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch die unterschiedlichen Anpassungen der Wägungsschemata. Während die Gewichte des VPI alle fünf Jahre neu bestimmt werden, werden diese beim HVPI jährlich angepasst.

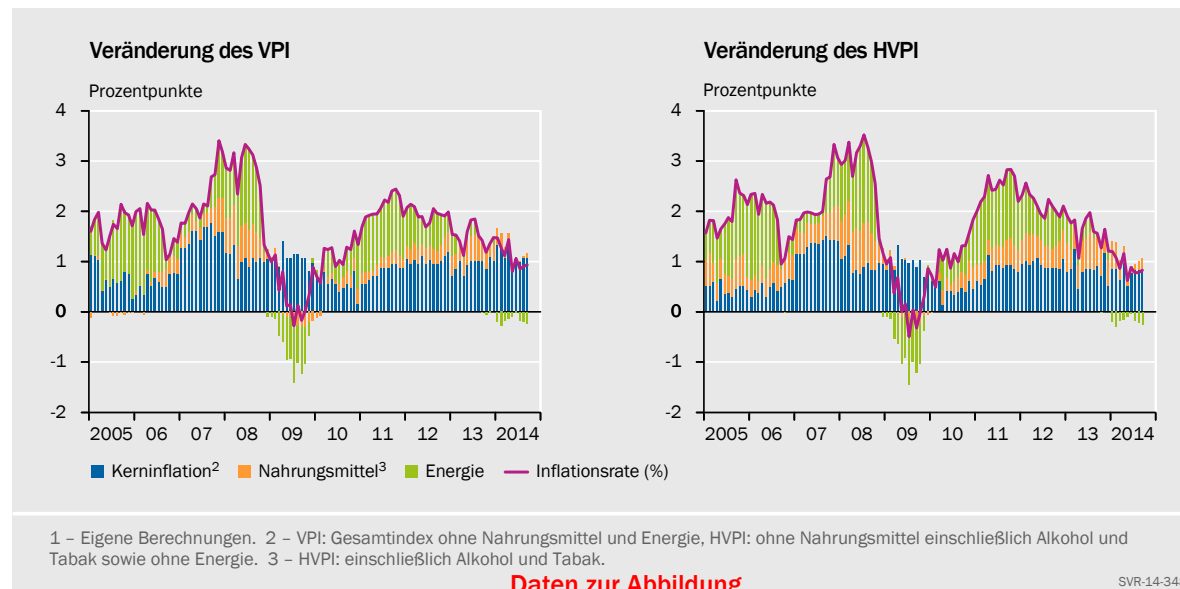
185. Die durchschnittliche Veränderungsrate des VPI betrug bis einschließlich Oktober 2014 1,0 %. Dies dürfte zugleich das Jahresergebnis 2014 darstellen. [↘ ABBILDUNG 26 RECHTS, SEITE 96](#) Für das Jahr 2015 ist mit einem leichten Anstieg der Inflationsrate auf 1,3 % zu rechnen. Zu diesem Anstieg trägt die Einführung des Mindestlohns mit 0,2 Prozentpunkten bei. Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) dürfte ebenfalls eine Inflationsrate von 1,0 % im Jahr 2014 und 1,3 % im Jahr 2015 aufweisen.

5. Arbeitsmarkt: Reformen dämpfen Beschäftigungswachstum

186. Der Arbeitsmarkt hat sich seit dem Jahr 2012 trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds sehr robust entwickelt. Die **Erwerbstätigkeit** ist seit der Rezession im Jahr 2009 kontinuierlich angestiegen und wird sich im Jahresdurchschnitt 2014 auf voraussichtlich gut 42,6 Millionen Personen belaufen. [↘ TABELLE 9](#) Allerdings resultierten die Beschäftigungsgewinne seit der ersten Jahreshälfte 2012 vor allem aus einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials. Die registrierte Arbeitslosigkeit verharrt seither bei etwas weniger als 3 Millionen

▾ **ABBILDUNG 31**

Inflationsraten und deren Komponenten¹



Personen. Dies deutet auf ein nach wie vor bestehendes Problem **verfestigter Arbeitslosigkeit** hin.

187. Die Frühindikatoren für die Arbeitsmarktentwicklung in der näheren Zukunft lassen eine weiterhin stabile, wenngleich weniger dynamische Entwicklung erwarten. Das Stellenangebot liegt auf einem im langfristigen Vergleich hohen Niveau. Umfragen wie das ifo Beschäftigungsbarometer oder das IAB-Arbeitsmarktbarometer zeigen, dass weder mit einem Rückgang der Beschäftigung noch mit einem merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet wird. Vor dem Hintergrund des verhaltenen Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts rechnet der Sachverständigenrat für das Jahr 2015 mit einem leichten Anstieg der Erwerbstätigkeit um rund 150 000 Personen und weiterhin knapp 3 Millionen registriert Arbeitslosen. Mit dem Mindestlohn und der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren sind jedoch zwei Reformen durchgeführt worden, die dazu führen, dass die Prognose der zukünftigen Arbeitsmarktentwicklung mit einiger Unsicherheit behaftet ist.
188. Der **Anstieg der Erwerbstätigkeit** gegenüber dem Vorjahr wird im Jahr 2014 mit mehr als 350 000 Personen höher ausfallen als im Jahr 2013, das von einer sehr schwachen wirtschaftlichen Dynamik gekennzeichnet war. Die Beschäftigungsentwicklungen der jüngeren Vergangenheit deuten darauf hin, dass sich der strukturelle Zusammenhang von Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstum geändert hat. Die Beschäftigungsschwelle, also der für einen Beschäftigungsanstieg erforderliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, fällt insbesondere seit dem Rezessionsjahr 2009 niedriger aus als zuvor (Klinger und Weber, 2014).
189. Die Beschäftigungsanstiege in den vergangenen drei Jahren speisten sich überwiegend aus einer gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren sowie der weiterhin starken Nettozuwanderung, insbesondere aus Ost- und Südeuropa. Durch den Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen für die EU-Mitglied-

staaten Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2014 kam es zu einem zusätzlichen Impuls für das Erwerbspersonenpotenzial (Brücker et al., 2014; Hartmann und Reimer, 2014).

▾ TABELLE 9

Arbeitsmarkt in Deutschland

Tausend Personen

	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2014 ¹	2015 ¹
	Jahresdurchschnitte				Veränderung zum Vorjahr in %	
Erwerbspersonen ^{2,3}	44 295	44 496	44 743	44 949	0,6	0,5
Erwerbslose ⁴	2 316	2 270	2 159	2 209	- 4,9	2,4
Pendlersaldo ⁵	54	55	56	55	1,2	- 0,6
Erwerbstätige ⁶	42 033	42 281	42 641	42 795	0,9	0,4
Selbstständige	4 544	4 457	4 415	4 412	- 0,9	- 0,1
Arbeitnehmer	37 489	37 824	38 225	38 383	1,1	0,4
darunter: marginal Beschäftigte ⁷	5 704	5 698	5 659	5 524	- 0,7	- 2,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁸	29 341	29 713	30 180	30 474	1,6	1,0
Geringfügig entlohnt Beschäftigte insgesamt ^{8,9}	7 220	7 361	7 416	7 276	0,7	- 1,9
ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4 981	5 017	5 013	4 884	- 0,1	- 2,6
im Nebenerwerb geringfügig entlohnt Beschäftigte	2 240	2 344	2 404	2 392	2,5	- 0,5
Registriert Arbeitslose ⁸	2 897	2 950	2 908	2 931	- 1,4	0,8
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ^{8,10}	3 928	3 901	3 814	3 835	- 2,2	0,6
Kurzarbeiter (Beschäftigungsäquivalent) ⁸	41	47	38	43	-19,1	10,8
Erwerbspersonenpotenzial ¹¹	45 278	45 615	45 753	45 871	0,3	0,3
nachrichtlich:						
Arbeitsvolumen (Millionen Stunden) ¹²	57 763	57 608	58 358	58 799	1,3	0,8
Arbeitslosenquote ^{8,13,14}	6,8	6,9	6,7	6,7	- 0,2	- 0,0
ILO-Erwerbslosenquote ^{14,15}	5,5	5,3	5,0	5,1	- 0,3	0,1

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). 3 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 4 – Nach ILO-Definition. 5 – Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Auspendler in das Ausland. 6 – Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept). 7 – Arbeitnehmer, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, aber nach dem Labour-Force-Konzept der ILO als erwerbstätig gelten, insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Personen in Arbeitsgelegenheiten. 8 – Quelle: BA. 9 – Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro; bis 31.12.2012 bis zu 400 Euro (§ 8 Absatz 1 Nr. 1 SGB IV). 10 – Gemäß Unterbeschäftigungskonzept der BA. 11 – Quelle: IAB. 12 – Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland). 13 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 14 – Jahresdurchschnitte in %; Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten. 15 – Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen, jeweils Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren; Quelle: Eurostat.

Daten zur Tabelle

SVR-14-359

190. Im Hinblick auf die Beschäftigungsformen zeigt sich im Jahr 2014 wie in den Vorjahren ein überproportionaler Anstieg der **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** auf im Jahresdurchschnitt erstmalig mehr als 30 Millionen Personen. Dabei sind zuletzt sowohl die Teilzeit- als auch die Vollzeitbeschäftigung angewachsen. Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt seit dem Jahr 2006 bei rund 5 Millionen Personen. Nach der Anhebung der Verdienstgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro am 1. Januar 2013 waren nur leichte Zuwächse zu beobachten; eine größere Dynamik war bei der

geringfügigen Beschäftigung im Nebenjob zu verzeichnen. Diese dürfte im Jahresdurchschnitt 2014 bei etwa 2,4 Millionen Personen liegen.

191. Die Vorzeichen für einen weiteren Beschäftigungsanstieg stehen zwar an sich gut, allerdings ist davon auszugehen, dass die Arbeitsmarktentwicklung durch den **Mindestlohn** und die **abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren** zukünftig belastet wird. Während die Auswirkungen des Mindestlohns schwer absehbar und umstritten sind, lassen sich ausgehend von den Anspruchsvoraussetzungen die möglichen Folgen der letzteren Politikmaßnahme besser berücksichtigen: Der Sachverständigenrat geht im Rahmen seiner Prognose davon aus, dass sich durch die Rente mit 63 die Anzahl der Personen, welche die Möglichkeit eines früheren Renteneintritts in Anspruch nehmen, in den Jahren 2014 und 2015 um 60 000 beziehungsweise 100 000 erhöht (abgeleitet aus Werding, 2014).
192. Der **Mindestlohn** wird vor allem die Arbeitsnachfrage im Bereich einfacher Tätigkeiten belasten. Dort wird es im Jahr 2015 zu Lohnsteigerungen im zweistelligen Prozentbereich kommen (Brenke, 2014). Selbst unter der Annahme einer geringen Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage und der Tatsache, dass zunächst – etwa aufgrund von Ausnahmeregelungen – nicht bei allen Beschäftigten der Lohn entsprechend angepasst wird, ist von deutlich negativen Beschäftigungseffekten auszugehen (Henzel und Engelhardt, 2014). Insbesondere bei geringfügig entlohnt Beschäftigten dürfte es wegen der Verdienstgrenzen zu Anpassungen der (vereinbarten) Arbeitszeit bei unverändertem Entgelt kommen.

Unabhängig von der Art der Anpassung steigt für die vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer die für die Rentabilität ihres Arbeitsplatzes erforderliche Produktivität. Letztere wird vor allem für geringqualifizierte Arbeitnehmer oft schwer zu erreichen sein. Der Sachverständigenrat nimmt daher im Rahmen der Prognose an, dass im Jahr 2015 rund 100 000 Minijobs und etwa 40 000 sozialversicherungspflichtige Stellen weniger entstehen als ohne den Mindestlohn.

193. Der Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente mit 63 beeinflussen zudem die Lohnentwicklung. Aufgrund der günstigen Arbeitsmarktlage entwickeln sich die **Tarifverdienste je Stunde** aktuell recht dynamisch. Im Jahr 2014 werden sie etwa 3,1 % höher liegen als im Vorjahr. Ausgehend von den bereits feststehenden Tarifabschlüssen, dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld und der niedrigen Inflationsrate geht der Sachverständigenrat von einem leichten Rückgang der Tarifverdienstentwicklung auf 2,7 % im Jahr 2015 aus. [KASTEN 9](#) Dies bringt aber weiterhin merkliche **Reallohngewinne** mit sich.
194. Die **Effektivverdienste je Stunde** sind im Jahr 2014 in geringerem Maße angestiegen als die Tarifverdienste. Die somit negative Lohndrift ist vor allem auf die witterungsbedingt hohe Arbeitszeit im ersten Quartal 2014 zurückzuführen. Im kommenden Jahr wird mit einer positiven Lohndrift gerechnet. Dies ist insbesondere auf den Mindestlohn zurückzuführen, durch den es zu erheblichen Lohnzuwächsen bei Geringverdienern kommen kann. Zudem werden voraussichtlich Personen mit unterdurchschnittlichem Verdienst aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, sodass die Durchschnittsverdienste höher ausfallen. Ein entgegengesetzter Kompositionseffekt ist von der abschlagsfreien Rente mit 63

zu erwarten, da durch sie Beschäftigte mit überdurchschnittlichen Verdiensten den Arbeitsmarkt verlassen. [↘ ZIFFER 567](#)

195. Die **registrierte Arbeitslosigkeit** verharrt schon seit der ersten Jahreshälfte 2012 trotz eines gleichzeitigen Beschäftigungsanstiegs von rund 1 Million Personen bei etwas unter 3 Millionen Personen. Die Unterbeschäftigung (nach BA-Konzept) hat sich in den vergangenen beiden Jahren ebenfalls nicht mehr deutlich reduziert und dürfte im Jahresdurchschnitt 2014 rund 3,8 Millionen Personen umfassen. In beiden Fällen erwartet der Sachverständigenrat keine wesentlichen Veränderungen für das Jahr 2015. Freie Arbeitsstellen werden voraussichtlich weiterhin eher aus der Zuwanderung und der Stillen Reserve besetzt.

Da durch den Mindestlohn vor allem geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse wegfallen dürften und zudem hinzuverdienende Arbeitslose betroffen sind, ist sein Effekt auf die registrierte Arbeitslosigkeit gering. Die ohnehin rückläufige Abgangswahrscheinlichkeit aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit wird aber voraussichtlich durch den Mindestlohn weiter sinken. Die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren führt zu einer Reduzierung des Erwerbspersonenpotenzials, wodurch einige – ansonsten zu erwartende – Zugänge in Arbeitslosigkeit unterbleiben dürften. Außerdem wird einer kleinen Anzahl Arbeitsloser ermöglicht, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Diese könnten aber ebenso wie diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weiter nach einer Beschäftigung suchen. Es liegt daher nahe, dass durch die beiden Reformmaßnahmen die durch Umfrage ermittelte Erwerbslosigkeit stärker ansteigen könnte als die registrierte Arbeitslosigkeit.

6. Öffentliche Finanzen: Ausgeglichene Haushalte

196. Der Finanzierungssaldo des Staates wird wie bereits im Jahr 2013 im laufenden und im kommenden Jahr **annähernd ausgeglichen** sein. Dabei dürfte der Überschuss mit 8,3 Mrd Euro im Jahr 2014 etwa 4 Mrd Euro höher ausfallen als im vergangenen Jahr. [↘ TABELLE 10](#) Für das Jahr 2015 erwartet der Sachverständigenrat allerdings einen beachtlichen Rückgang beim Finanzierungssaldo auf -1,2 Mrd Euro. Die **Schuldenstandsquote sinkt** voraussichtlich von 76,9 % im Jahr 2013 auf 74,1 % im Jahr 2014. Ende des kommenden Jahres dürfte sie etwa 72,0 % betragen. Hierzu trägt der Abbau von Schulden und Finanzvermögen innerhalb der Abwicklungsanstalten ebenso bei wie die Zuwächse des nominalen Bruttoinlandsprodukts.
197. Ein Grund für den **Anstieg des Überschusses im Jahr 2014** ist die zum Jahresbeginn unterbliebene Absenkung des Beitragssatzes zur GRV. Die Mehreinnahmen sollen zwar für Leistungsausweitungen im Rahmen des Rentenpakets verwendet werden, diese traten jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte in Kraft. Positiv auf den Finanzierungssaldo wirkte zudem, dass ein höherer Bundesbankgewinn an den Bundeshaushalt abgeführt wurde. Gegenüber dem Jahr 2013 erhöhte sich die Gewinnabführung im Jahr 2014 von 0,7 Mrd Euro auf 4,6 Mrd Euro, da erstmals seit drei Jahren keine weiteren Rückstellungen für

übernommene Risiken im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen im Euro-Raum gebildet wurden.

↘ TABELLE 10

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2013	2014 ²	2015 ²	2014 ²	2015 ²
	Mrd Euro			Veränderung zum Vorjahr in %	
Einnahmen	1 249,4	1 289,0	1 324,7	3,2	2,8
Steuern	637,9	656,6	677,5	2,9	3,2
Sozialbeiträge	465,4	481,5	496,6	3,5	3,1
sonstige Einnahmen ³	146,2	151,0	150,6	3,3	- 0,2
Ausgaben	1 245,3	1 280,8	1 325,9	2,9	3,5
Vorleistungen	131,5	134,7	139,3	2,4	3,4
Arbeitnehmerentgelte	217,6	224,1	230,3	3,0	2,8
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,3	52,2	50,1	- 7,4	- 3,9
Subventionen	24,7	25,3	25,8	2,5	2,1
monetäre Sozialleistungen	439,9	452,1	467,7	2,8	3,5
soziale Sachleistungen	226,9	239,1	251,7	5,4	5,3
Bruttoinvestitionen	62,8	67,5	70,3	7,5	4,1
sonstige Ausgaben ⁴	85,5	85,8	90,5	x	x
Finanzierungssaldo	4,2	8,3	- 1,2	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁵					
Staatsquote ⁶	44,3	44,2	44,6	x	x
Steuerquote ⁷	23,0	23,0	23,1	x	x
Abgabenquote ⁸	38,4	38,4	38,6	x	x
Finanzierungssaldo	0,1	0,3	- 0,0	x	x
Schuldenstandsquote ⁹	76,9	74,1	72,0	x	x

1 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers. 4 – Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. 5 – Jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. 6 – Gesamtstaatliche Ausgaben. 7 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer und Steuern an die EU. 8 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer, Steuern an die EU und tatsächliche Sozialbeiträge. 9 – Schulden des Staates (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht).

Daten zur Tabelle

SVR-14-258

- 198.** Zur **Verschlechterung des Finanzierungssaldos** des Staates **im Jahr 2015** tragen das Rentenpaket und seine Finanzierung bei. Die hohen Rücklagen der Rentenversicherung dürften entsprechend der gesetzlichen Regelung im Jahr 2015 zu einer Beitragssatzsenkung führen, die ein Defizit bei der Rentenversicherung entstehen lässt. Ziel dieser Regelung ist gewissermaßen, dass sich die Rücklage stets in einem Korridor zwischen 0,2 und 1,5 Monatsausgaben bewegt. Dieser Korridor wird zum Ende des laufenden Jahres nach dem diskretionären Eingriff zu Jahresbeginn erheblich überschritten werden. So überstieg die Rücklage bereits im September die Grenze von 1,5 Monatsausgaben um 4,8 Mrd Euro; bis zum Jahresende dürfte dieser Betrag trotz Rentenpaket auf etwa 8 Mrd Euro ansteigen, da der Monat November besonders beitragsstark ist.

199. Die **Einnahmen des Staates** steigen im Jahr 2014 um 3,2 % und damit stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Als Grund hierfür lässt sich die steigende Beschäftigung anführen. Die Bruttolöhne und -gehälter (BLG) legen voraussichtlich um 3,9 % zu, sodass die Sozialbeiträge und die Einnahmen aus der Lohnsteuer relativ stark wachsen. Im Jahr 2015 ist mit Beitragsatzänderungen bei den Sozialversicherungen im Saldo um -0,2 Prozentpunkte zu rechnen, wodurch sich die Zuwächse der Sozialbeiträge leicht abflachen.

Die insgesamt niedrigen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den vergangenen Jahren führten im ersten Halbjahr 2014 zu leichten Rückgängen bei der Körperschaft- und Kapitalertragsteuer auf Gewinnausschüttungen (nicht veranlagte Steuern vom Ertrag). Die Gewinnsteuern werden sich im Prognosezeitraum im Vergleich zu den Vorjahren wohl nur verhalten entwickeln. Positiv werden die Steuereinnahmen hingegen von den Mehreinnahmen durch die Kalte Progression beeinflusst. Für die Steuereinnahmen rechnet der Sachverständigenrat im Jahr 2015 mit einer Zuwachsrate von 3,2 % nach 2,9 % im Jahr 2014. Insgesamt dürften die Einnahmen des Staates im Jahr 2015 um 2,8 % steigen.

200. Die **Staatsausgaben** wachsen im Jahr 2014 voraussichtlich um 2,9 %, womit die Staatsquote in etwa stabil bleibt. Dies gelingt jedoch nur aufgrund abermals erheblich sinkender Zinsausgaben. Überproportionale Steigerungen sind hingegen – in nominalen Größen – bei den staatlichen Konsumausgaben (4,1 %) und bei den Investitionen des Staates (7,5 %) zu erwarten. Im Jahr 2015 dürfte die **Staatsquote ansteigen**.

Die Zuwächse bei den **Investitionen** im laufenden Jahr sind unter anderem auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Instandsetzung der Infrastruktur nach den Hochwasserschäden aus dem Jahr 2013 und auf Witterungseffekte im ersten Quartal zurückzuführen. Im kommenden Jahr werden die Investitionen voraussichtlich nochmals ausgeweitet, wobei hier die von der Bundesregierung vereinbarten zusätzlichen Ausgaben in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Städtebau und sozialer Wohnungsbau eine gewisse Rolle spielen.

Der gegenüber den Vorjahren höhere Anstieg bei den **sozialen Sachleistungen** basiert zum Teil auf dem Auslaufen der Arzneimittelrabatte zu Beginn des Jahres 2014. Im Jahr 2015 ist aufgrund der Pflegereform ein weiteres Mal mit höheren Steigerungsraten zu rechnen.

201. Die **monetären Sozialleistungen** steigen ebenfalls stärker an als im Jahr 2013. Dies liegt vor allem am Rentenpaket, das in den Jahren 2014 und 2015 zu Mehrausgaben von 3,9 Mrd Euro beziehungsweise 9,3 Mrd Euro führen wird (Werding, 2014). Aufgrund niedrigerer Wachstumsraten bei anderen Sozialleistungen – wie etwa den Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit – ergeben sich insgesamt Anstiege von 2,8 % im laufenden und 3,5 % im kommenden Jahr. Insgesamt dürften die Ausgaben im Jahr 2015 um 3,5 % zulegen.

III. DAS PRODUKTIONSPOTENZIAL

202. Das **Produktionspotenzial** bezeichnet die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bei Normalauslastung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren – Arbeitskräfte und Kapital – erreichbar wäre. Die aus der Differenz zwischen tatsächlichem Produktionsniveau und Produktionspotenzial berechnete Output-Lücke besitzt eine Vorlaufeigenschaft für die zukünftige Inflationsrate.

Der Sachverständigenrat hat in diesem Jahr sein **Schätzverfahren** zur Bestimmung des Produktionspotenzials grundlegend überarbeitet. Zu den wesentlichen Änderungen gehören: [↪ KASTEN 10](#) (1) die detaillierte Berücksichtigung der Demografie in einem umfangreichen Bevölkerungsmodell und (2) darauf aufbauend die Projektion alters-, kohorten- und geschlechterspezifischer Partizipationsquoten und Arbeitszeiten sowie (3) die methodische Weiterentwicklung der empirischen Schätzung der konjunkturbereinigten Erwerbslosenquote (NAIRU). Mit dem so veränderten Verfahren können weit besser als bislang die Wirkungen demografischer Veränderungen sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Strukturreformen auf das mittelfristige Produktionspotenzial analysiert werden.

↪ KASTEN 10

Technische Erläuterungen zur Bestimmung des Produktionspotenzials

Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Produktionspotenzials ist eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen. Anhand dieser Produktionstechnologie lassen sich Veränderungen des Produktionspotenzials aus Variationen der eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital oder durch eine Veränderung der Totalen Faktorproduktivität bestimmen. Das Produktionspotenzial Y_t ist hierbei wie folgt definiert,

$$Y_t = A_t \cdot K_t^{0,34} \cdot L_t^{0,66},$$

wobei A_t , L_t und K_t die Potenzialwerte der Totalen Faktorproduktivität, des in Stunden gemessenen Arbeitsvolumens und des Kapitalstocks bezeichnen. Hinsichtlich der Bestimmung der Produktionselastizitäten von Arbeit und Kapital weicht der Sachverständigenrat vom früheren Verfahren ab (JG 2007). So wird die Produktionselastizität für den Produktionsfaktor Arbeit durch den langjährigen Durchschnitt der Arbeitseinkommen im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung bestimmt, angepasst um die Einkommen der Selbstständigen. Im früheren Verfahren hat sich die Produktionselastizität für Arbeit nach der Arbeitseinkommensquote gerichtet, die statt der Bruttowertschöpfung das Volkseinkommen verwendet. Dieses berücksichtigt jedoch keine Abschreibungen.

Das **Arbeitsvolumen** ist definiert als Produkt aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (BEV), der Partizipationsquote (PQ), der Erwerbslosenquote (ELQ) und der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigem (H):

$$AV_t = BEV_t \cdot PQ_t \cdot (1 - ELQ_t) \cdot H_t.$$

Die **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter** umfasst alle Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren. Sie wird bis zum Jahr 2019 durch die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2009 fortgeschrieben (Variante 1-W1). Jedoch weichen die Annahmen hinsichtlich der Nettozuwanderung bei der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum aktuellen Rand deut-

lich von den tatsächlich beobachteten Werten ab. Daher werden die Abweichungen sowie die Niveauverschiebung aufgrund der Zensusergebnisse im Jahr 2011 berücksichtigt und die Berechnung der Erwerbsbevölkerung dementsprechend angepasst. Für die Jahre ab 2014 werden die Annahmen bezüglich der Nettozuwanderung ebenfalls angepasst. So ist zu erwarten, dass sich die Nettozuwanderung im Jahr 2014 auf 460 000 Personen beläuft. Das Niveau der Nettozuwanderung wird dann linear bis zum Jahr 2019 auf die in der Variante 1-W1 unterstellten 100 000 Personen zurückgeführt. Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist nicht die gesamte Nettozuwanderung relevant, da etwa 12 % der Zuwanderer jünger als 15 oder älter als 74 Jahre sind.

Die Analyse der **Partizipationsquote** erfolgt getrennt für Männer und Frauen. Diese Herangehensweise berücksichtigt, dass die Frauenerwerbsquote seit 1991 deutlich stärker angestiegen ist als diejenige der Männer. So war für die erwerbsfähigen Frauen zwischen den Jahren 1991 und 2013 ein Anstieg der Partizipationsquote von gut 54 % auf etwa 63 % zu beobachten. Bei den Männern beliefen sich die Werte auf 65 % im Jahr 1991 und 68 % im Jahr 2013. Gleichzeitig wird für die Altersstruktur kontrolliert, indem für die weibliche und männliche Erwerbsbevölkerung jeweils 5-Jahres-Alterskohorten berücksichtigt werden. Hier zeigt sich, dass insbesondere ab dem Jahr 2016 der relative Anteil der Personen im Alter über 55 Jahren spürbar zunehmen wird. Diese Altersgruppe hatte in der Vergangenheit deutlich geringere Partizipationsquoten aufgewiesen als die Bevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren. Anhand der Daten von Werding (2014) werden die Partizipationsquoten für die jeweiligen Alterskohorten getrennt nach Geschlecht und Alter fortgeschrieben. Schließlich werden die geschlechterspezifischen Partizipationsquoten zusammengefasst, indem sie mit dem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in die Berechnungen eingehen. Der Trendwert der Partizipationsquote wird mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters ermittelt.

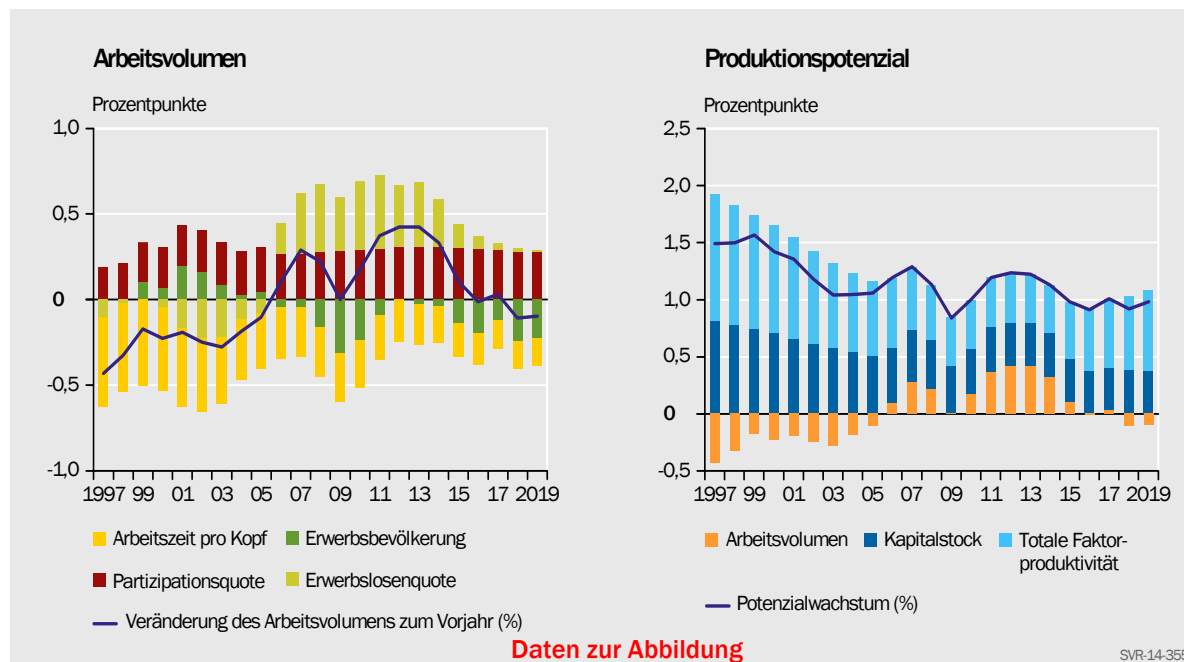
Hinsichtlich der Bestimmung des Trends der **jährlich geleisteten Arbeitszeit pro Kopf** wird erneut zwischen Männern und Frauen unterschieden. Schließlich geht der über die vergangenen Jahrzehnte zu beobachtende Rückgang der Pro-Kopf-Arbeitszeit im Wesentlichen auf den Anstieg der Teilzeitschäftigung zurück. Dabei wurde die Möglichkeit der Teilzeitarbeit stärker von Frauen genutzt. Zudem wird erneut für die Altersstruktur kontrolliert. Die Teilzeitquoten für die geschlechterspezifischen Alterskohorten werden anhand eines adaptiven Ansatzes fortgeschrieben. Die endgültige Trendzeitreihe der Arbeitszeit pro Kopf wird anhand des Hodrick-Prescott-Filters bestimmt.

Die **konjunkturbereinigte Erwerbslosenquote** (NAIRU) wird mit einem Zustandsraummodell bestimmt. In diesem wird die Konsumentenpreis-inflation durch die Inflationsprognose des Sachverständigenrates, die Terms of Trade sowie die Abweichung der Erwerbslosenquote von der NAIRU erklärt. Die NAIRU wird zeitvariant modelliert und so geschätzt, dass die Differenz zwischen Erwerbslosenquote und NAIRU einen deutlichen Zusammenhang mit der realisierten Inflationsrate aufweist. Es zeigt sich, dass der Rückgang der Trenderwerbslosenquote der vergangenen Jahre spürbar zum Anstieg des Produktionspotenzials beigetragen hat. Dies dürfte jedoch in den kommenden Jahren enden.

Die Zuwachsraten des **Kapitalstocks** wurden anhand einer Projektion der Trendkomponenten für die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie der Investitionen in Sonstige Anlagen bestimmt. Das **Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität** wird anhand der konjunkturbereinigten Komponente des Solow-Residuums bestimmt. Das Solow-Residuum ergibt sich aus der Differenz der Logarithmen des tatsächlichen Produktionsniveaus, des Kapitalstocks und des Arbeitsvolumens. Im Unterschied zum früheren Verfahren des Sachverständigenrates findet eine Betrachtung über die Niveaus und nicht über die Differenzen der logarithmierten Werte statt. Um die konjunkturbedingten Schwankungen von der Trendkomponente der Totalen Faktorproduktivität trennen zu können, wird anstatt des Hodrick-Prescott-Filters ein Zustandsraummodell verwendet. Dieses lehnt sich stark an den Hodrick-Prescott-Filter an, berücksichtigt jedoch zusätzliche Informationen, wie die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, das ifo Geschäftsklima und die Inflationsrate.

▾ **ABBILDUNG 32**

Wachstumsbeiträge der Komponenten des Produktionspotenzials



203. Die wesentliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Vorgehensweise liegt in der disaggregierten Betrachtung des Arbeitsvolumens. Dazu wird die kohorten-, alters- und geschlechterspezifische Entwicklung analysiert. Dies ermöglicht eine genauere Vorstellung über die Fortschreibung der einzelnen Bestandteile des Arbeitsvolumens. ▾ **ABBILDUNG 32 LINKS** Dadurch wird beispielsweise dem Umstand Rechnung getragen, dass sich die Erwerbsquoten oder die Arbeitszeit je nach Geschlecht und Geburtskohorte unterschiedlich entwickeln.

204. Insgesamt ist zu erwarten, dass die expansiven Impulse des **gesamten Arbeitsvolumens** auf das Produktionspotenzial aus den vergangenen Jahren zukünftig nachlassen werden. Für die Jahre 2018 und 2019 ist sogar mit negativen Wachstumsbeiträgen zu rechnen, da hier der Rückgang der Erwerbsbevölkerung besonders stark ausfällt. ▾ **ABBILDUNG 32 LINKS**

Der Rückgang der Erwerbsbevölkerung dürfte für das Produktionspotenzial einen negativen Wachstumsbeitrag von etwa 0,3 Prozentpunkten im Durchschnitt der kommenden Jahre liefern. Die Partizipationsquote, von welcher der höchste Wachstumsbeitrag ausgeht, wird sich aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren weiter erhöhen, da die Erwerbsbeteiligung der Frauen spürbar ansteigt. Hinsichtlich der Arbeitszeit pro Kopf zeigt sich, dass in den kommenden Jahren die Teilzeitbeschäftigung geringer zunehmen dürfte als in den Vorjahren. Das liegt jedoch nicht an der Änderung der Arbeitszeit der Voll- und Teilzeitstellen, sondern an dem zukünftig langsameren Anstieg der Teilzeitquote.

205. Bezüglich des **Kapitalstocks** geht der Sachverständigenrat anhand einer Projektion der Investitionen davon aus, dass dieser in den kommenden Jahren mit etwa 0,4 Prozentpunkten zum Wachstum des Produktionspotenzials beitragen

wird. Somit werden sich die projizierten Wachstumsbeiträge des Kapitalstocks in den nächsten Jahren kaum erhöhen.



Der stabile Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks ist im Wesentlichen auf zwei Aspekte zurückzuführen. Zum einen ist die Höhe des Kapitalstocks stabil. So belief sich der nominale Kapitalstock zu Wiederbeschaffungspreisen am Ende des Jahres 2013 auf 16 Billionen Euro. Dem standen Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 554 Mrd Euro gegenüber. Selbst bei optimistischen Prognosen in Bezug auf die Zuwachsraten der Investitionen hat dies kaum Auswirkungen auf das Expansionstempo des Kapitalstocks. Zum anderen dürften aufgrund der Altersstruktur des Kapitalstocks in den kommenden Jahren verstärkt Maschinen oder Gebäude komplett abgeschrieben werden und somit aus dem Bruttoanlagevermögen verschwinden.

- 206. Der Teil des Produktionsanstiegs, der nicht durch den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann, ist das Solow-Residuum. Dieses wird gemeinhin dem **technologischen Fortschritt** zugeschrieben. Vom konjunkturbereinigten Trend des Solow-Residuums gehen momentan im Vergleich zu den Vorjahren niedrige Wachstumsbeiträge von etwa 0,5 Prozentpunkten auf das Produktionspotenzial aus. [↘ ABBILDUNG 32 RECHTS](#) Ein Grund könnte darin liegen, dass der deutliche Rückgang der Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 bisher nicht aufgeholt wurde. Jedoch ist damit zu rechnen, dass der Wachstumsbeitrag wieder leicht ansteigen wird. Einen Hinweis hierauf liefert die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde. So war der durchschnittliche Anstieg dieser Größe im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 mit 1,4 % kaum geringer als im Zeitraum der Jahre 1991 und 2008 mit 1,7 %.
- 207. Insgesamt belaufen sich die **Zuwachsraten des Produktionspotenzials** in den Jahren 2014 und 2015 auf 1,1 % beziehungsweise 1,0 %. [↘ TABELLE 11](#) Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 wird ein Anstieg von 1,0 % erwartet, der komplett auf den Anstieg der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks zurückgeht. Vom Arbeitsvolumen gehen im Unterschied zu neueren Berechnungen des Produktionspotenzials unter Anwendung des EU-Verfahrens keine nennenswerten Impulse aus, da dort eine höhere Nettozuwanderung pro Jahr unterstellt wird (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2014).

↘ TABELLE 11

Ergebnisse der Mittelfristprognose¹

	1995 bis 2014				2015 bis 2019	
	tatsächlich		potenziell			
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,6)	1,1	(0,4)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,7	(0,7)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,0	(0,0)	- 0,0	(- 0,0)	- 0,1	(- 0,0)
davon:						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter		(- 0,0)		(- 0,0)		(- 0,3)
Partizipationsquote		(0,5)		(0,4)		(0,4)
Erwerbslosenquote		(0,2)		(0,2)		(0,0)
durchschnittliche Arbeitszeit		(- 0,6)		(- 0,5)		(- 0,3)
Produktionspotenzial	1,3		1,2		1,0	

1 - Jahresdurchschnittliche Veränderung zum Vorjahr in %. In Klammern: Wachstumsbeiträge. Rundungsdifferenzen.

Daten zur Tabelle

208. Die Analyse zeigt, dass das Produktionspotenzial hinter den in der jüngeren Vergangenheit beobachteten Wachstumsraten zurückbleiben dürfte. Die **Wirtschaftspolitik** sollte daher versuchen, dieser Entwicklung durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Im Bereich der erwerbsfähigen Bevölkerung ist zu prüfen, ob es Verzerrungen gibt, welche die gewünschte Teilhabe am Erwerbsleben einschränken. ↘ ZIFFER 549 Zudem sind Maßnahmen zu vermeiden, die – wie im Rahmen der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren gerade geschehen – die Erwerbsbeteiligung weiter senken. ↘ ZIFFER 569

Im Bereich des Kapitalstocks muss es darum gehen, das Investitionsumfeld zu verbessern und stabile, verlässliche Rahmenbedingungen für die mittlere Frist zu schaffen. ↘ ZIFFERN 16 FF. Beispielsweise ist selbst nach der Neuordnung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weiterhin unklar, mit welchen längerfristigen Erträgen die Investitionen in konventionelle Kraftwerke in Deutschland verbunden sind. ↘ ZIFFERN 32 FF.

TABELLE 12

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹
Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt				
Konsumausgaben	0,8	0,8	0,9	1,4
Private Konsumausgaben ²	0,7	0,8	0,8	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,2	0,7	1,0	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 0,7	3,0	2,6
Ausrüstungsinvestitionen	- 2,9	- 2,7	3,0	3,9
Bauinvestitionen	0,6	- 0,1	3,5	2,0
Sonstige Anlagen	0,1	1,3	1,8	1,8
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag) ^{3,4}	- 1,4	0,2	0,2	- 0,1
Inländische Verwendung	- 0,9	0,7	1,5	1,5
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag) ³	1,3	- 0,5	- 0,2	- 0,4
Exporte	2,8	1,6	2,9	3,6
Importe	- 0,0	3,1	3,7	5,1
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,1	1,2	1,0
Verwendung des Inlandsprodukts, in jeweiligen Preisen				
Konsumausgaben	2,4	2,5	2,5	3,0
Private Konsumausgaben ²	2,2	2,1	1,9	2,7
Konsumausgaben des Staates	3,1	3,8	4,1	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	0,7	4,0	3,6
Ausrüstungsinvestitionen	- 2,1	- 2,5	2,8	3,9
Bauinvestitionen	3,4	1,9	4,9	3,4
Sonstige Anlagen	2,1	3,3	3,9	3,6
Inländische Verwendung	0,8	2,2	2,9	3,1
Exporte	4,4	1,4	2,7	3,6
Importe	2,1	1,4	2,1	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	3,1	2,7
Preisentwicklung (Deflatoren)				
Konsumausgaben	1,6	1,7	1,6	1,6
Private Konsumausgaben ²	1,5	1,2	1,0	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,8	3,1	3,1	2,9
Inländische Verwendung	1,7	1,6	1,4	1,6
Terms of Trade	- 0,5	1,5	1,4	0,2
Exporte	1,6	- 0,2	- 0,2	- 0,0
Importe	2,1	- 1,6	- 1,5	- 0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	1,8	1,6
Entstehung des Inlandsprodukts				
Erwerbstätige (Inland)	1,1	0,6	0,8	0,4
Arbeitsvolumen	- 0,3	- 0,3	1,3	0,8
Produktivität (Stundenbasis)	0,6	0,4	- 0,0	0,5
Verteilung des Volkseinkommens				
Volkseinkommen	1,4	2,2	3,0	2,6
Arbeitnehmerentgelte	3,8	2,8	3,7	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,0	3,8	3,7
darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁵	3,8	2,8	3,4	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 3,3	0,9	1,7	0,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²	2,0	1,8	2,1	2,7
Sparquote der privaten Haushalte ^{2,6}	9,4	9,1	9,2	9,2
nachrichtlich:				
Lohnstückkosten ⁷ (Inlandskonzept)	3,3	2,4	2,2	2,4
Verbraucherpreise	2,0	1,5	1,0	1,3

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – In Prozentpunkten. 4 – Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. 5 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 6 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 – Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigen.

Daten zur Tabelle

SVR-14-358

ANHANG: GENERALREVISION DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTRECHNUNGEN 2014

209. Im August 2014 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Ergebnisse der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Diese in größeren Zeitabständen durchgeführten, umfassenden Überarbeitungen des gesamtwirtschaftlichen Rechenwerks dienen in erster Linie der Anpassung statistischer Methoden und Konzepte an die sich fortlaufend wandelnden ökonomischen Gegebenheiten und Anforderungen. Hauptanlass der VGR-Revision 2014 war die Einführung einer neuen Rechtsgrundlage, des „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010“, in allen EU-Mitgliedstaaten. Das Regelwerk, das eine hohe Vergleichbarkeit der VGR-Daten innerhalb der EU gewährleisten soll, löst das bisher gültige ESVG 1995 ab. Grundlage des ESVG 2010 ist das weltweit anerkannte „System of National Accounts 2008“ (SNA 2008) der Vereinten Nationen, an dem sich außereuropäische Länder wie die Vereinigten Staaten ebenfalls orientieren.
210. Mit der Generalrevision 2014 waren grundsätzlich zehn Konzeptänderungen verbunden, die sich auf das Bruttoinlandsprodukt auswirkten (Räth und Braakmann, 2014). Die drei quantitativ bedeutsamsten Änderungen stellen Ausweitungen des Investitionsbegriffs dar:
- **Ausgaben für Forschung und Entwicklung** werden als Investitionen aufgefasst. Sie werden in den VGR somit nicht länger den Vorleistungen, sondern den Bruttoanlageinvestitionen zugerechnet. Dies wirkt sich in mehrfacher Hinsicht auf das Bruttoinlandsprodukt aus: Bei Marktproduzenten werden künftig nicht mehr nur die Käufe, sondern auch selbst produzierte Forschungs- und Entwicklungsleistungen als Investition gebucht. Diese erhöhen so direkt das Bruttoinlandsprodukt. Bei Nichtmarktproduzenten verschieben sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von den Konsumausgaben zu den Bruttoanlageinvestitionen. Dies beeinflusst die Höhe des Bruttoinlandsprodukts nicht unmittelbar. Jedoch erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt indirekt, da die Abschreibungen auf die staatlichen Investitionen als Staatskonsum verbucht werden.
 - Bei der Verbuchung von **militärischen Anlagen** entfällt die unterschiedliche Behandlung zivil nutzbarer Anlagen und rein militärischer Waffensysteme. Wurden Erstere bislang bereits als investiv betrachtet, zählten Letztere zu den Vorleistungen. Mit dieser Änderung wird die Grundregel, dass Güter, die länger als ein Jahr im Produktionsprozess eingesetzt werden, den Investitionen zuzurechnen sind, auch bei militärischen Waffensystemen zugrunde gelegt (Braakmann, 2013). Hieraus folgt zunächst lediglich eine Verschiebung von den Konsumausgaben des Staates zu den Anlageinvestitionen. Der positive Gesamteffekt auf das Bruttoinlandsprodukt resultiert, wie im Fall von Forschung und Entwicklung, aus den zusätzlichen Abschreibungen und einem entsprechenden Anstieg der über die Kostenseite berechneten Bruttowertschöpfung des Staates.

- Bei der Verbuchung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** entfällt die Wertschwelle von 500 ECU in Preisen von 1995, von der bislang abhing, ob ein Gut schon den Investitionen oder noch den Vorleistungen zugerechnet wurde. Stattdessen erfolgt diese Zuordnung – wertunabhängig – anhand der Art und Weise ihrer Verwendung im Produktionsprozess. Per Saldo ergibt sich aus der geänderten Zuordnung dieser Güter eine Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen.
211. Nach den revidierten Ergebnissen liegt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 – dem Berichtsjahr, für das sich die Ausgangsdaten nicht mehr ändern und das somit das Ausmaß der Revision am besten widerspiegelt – um 81,2 Mrd Euro über demjenigen vor der Revision, wovon 66,7 Mrd Euro konzeptbedingt sind und 14,5 Mrd Euro aus der Überprüfung der bisherigen Rechenansätze resultieren. Auf Forschung und Entwicklung entfallen 57,1 Mrd Euro, auf geringwertige Wirtschaftsgüter 5,3 Mrd Euro und auf militärische Waffensysteme 2,4 Mrd Euro.
 212. Aufgrund der Revision stellen sich einige makroökonomische Relationen anders dar. Dies betrifft in erster Linie die Investitionsquoten. Durch die Ausweitung des Investitionsbegriffs fällt die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) um etwa 2 Prozentpunkte höher aus. Durch die geänderte Behandlung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben erhöht sich die Investitionsquote der Sonstigen Anlagen zudem deutlich. [TABELLE 13](#) Die Quote der Ausrüstungsinvestitionen sinkt jedoch geringfügig aufgrund des höheren Bruttoinlandsprodukts, gleiches gilt für die Bauinvestitionen.
 213. Die zur gleichen Zeit durchgeführte umfassende Überarbeitung der Zahlungsbilanzstatistik führt zu einer deutlichen Reduktion der Export- und Importquoten. Der Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft fällt somit um etwa 5 Prozentpunkte niedriger aus als zuvor. Zudem ist eine geringere (residual

↘ TABELLE 13

Änderungen makroökonomischer Größen durch die VGR-Revision 2014
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %, Berichtsjahr 2010

	vor Revision ¹	nach Revision
Bruttoanlageinvestitionen	17,4	19,3
Ausrüstungsinvestitionen	6,8	6,7
Bauinvestitionen	9,5	9,2
Sonstige Anlagen	1,1	3,4
Importe	42,0	37,1
Exporte	47,6	42,3
nachrichtlich:		
Sparquote der privaten Haushalte ²	10,9	9,9
Lohnquote ³	66,1	66,8

1 – Stand: Mai 2014. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 3 – Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen.

Daten zur Tabelle

SVR-14-361

ermittelte) Sparquote der privaten Haushalte zu verzeichnen, da die Privaten Konsumausgaben im Zuge der Revision in den meisten Jahren angehoben wurden.

214. Die Lohnquote, definiert als Arbeitnehmerentgelt der Inländer in Relation zum Volkseinkommen, liegt etwas höher. Dies ist auf die Neuberechneten Angaben der Erwerbstätigenrechnung sowie geänderte unterstellte Sozialbeiträge zurückzuführen. Im Zuge der Revisionen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Erwerbstätigenrechnung als Teil der VGR wurden die Niveaus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und der Erwerbstätigkeit deutlich nach oben korrigiert. Die Dynamik der Entwicklungen änderte sich dabei nicht wesentlich.

LITERATUR ZUM KAPITEL

[AG Energiebilanzen](#) (2014), *Energieverbrauch fällt auf niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung*, Pressemitteilung 07/2014, Berlin, 28. Oktober.

[Braakmann](#), A. (2013), Revidierte Konzepte für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Wirtschaft und Statistik* 8/2013, 521-527.

[Brenke](#), K. (2014), Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen, *DIW Wochenbericht* 5/2014, 71-77.

[Brücker](#), H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2014), *Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien*, Aktuelle Berichte, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg.

[Deutsche Bundesbank](#) (2014), *Monatsbericht* Oktober 2014.

[DIHK](#) (2014a), *Dynamik im Inland überlagert Störfaktoren – Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin.

[DIHK](#) (2014b), *Der deutsche Außenhandel 2014 | 2015 – AHK-Weltkonjunkturbericht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin.

[DIHK](#) (2014c), *Konjunktur ausgebremst – Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin.

[Hartmann](#), M. und K. Reimer (2014), *Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt*, Statistischer Sonderbericht, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

[Henzel](#), S.R. und K. Engelhardt (2014), Arbeitsmarkteffekte des flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland – Eine Sensitivitätsanalyse, *ifo Schnelldienst* 10/2014, 23-29.

[Klinger](#), S. und E. Weber (2014), Seit der Großen Rezession: Schwächerer Zusammenhang von Konjunktur und Beschäftigung, *Wirtschaftsdienst* 94, 756-758.

[Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose](#) (2014), *Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken*, Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Berlin.

[Räth](#), N. und A. Braakmann (2014), Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014, *Wirtschaft und Statistik* 9/2014, 502-543.

[Werding](#), M. (2014), *Demographischer Wandel und öffentliche Finanzen. Langfrist-Projektion 2014-2060 unter besonderer Berücksichtigung des Rentenreform-Pakets der Bundesregierung*, Arbeitspapier 01/2014, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.